

Thomas Milic und Uwe Serdült

Wer wählte wen bei den Aargauer Wahlen 2016?



Studienberichte des Zentrums für Demokratie Aarau, Nr. 12
Februar, 2017

IMPRESSUM

Publikationsreihe des Zentrums für Demokratie Aarau (ZDA)
Herausgegeben von Andreas Glaser, Daniel Kübler und Monika Waldis

ISBN-Nr: 978-3-906918-01-3

Bezugsadresse:

Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA)
Villa Blumenhalde, Küttigerstrasse 21
CH - 5000 Aarau
Telefon: +41 62 836 94 44
E-Mail: info@zdaarau.ch
www.zdaarau.ch

© 2017 bei den Autoren

Inhaltsverzeichnis

Die Aargauer Wahlen 2016.....	1
Die Grossratswahlen.....	2
Einleitung.....	2
Der Wahlentscheid nach sozialen Merkmalen.....	3
Der Wahlentscheid und die Haltung zu Sachfragen.....	9
Die Links-Rechts-Einstufung und der Wahlentscheid.....	15
Eine politische Landkarte für die Wahlen im Kanton Aargau 2016.....	17
Welche sachpolitischen Positionen waren für die Wahl entscheidend?.....	18
Die Regierungsratswahlen.....	22
Die Wahlgründe.....	23
Allgemein.....	23
Zu den einzelnen Gründen.....	24
Anhang.....	27
Zu den Daten.....	27
Zur Gewichtung.....	27
Zur politischen Landkarte ‘Aargau 2016’	29

Die Aargauer Wahlen 2016¹

Die Aargauer Grossratswahlen fanden am 23. Oktober 2016 statt. Zur Wahl standen 140 Mitglieder des Grossen Rates für die Amtsperiode 2017 bis 2020. Die Wahlbeteiligung betrug 32.8 Prozent (2012: 31.9%).² Im Vorfeld der Wahl war nicht davon auszugehen, dass es zu grösseren Verschiebungen in der Aargauer Parteienlandschaft kommt. Abgeleitet von politischen Entwicklungen auf der nationalen Ebene konnte man sich allenfalls fragen, ob die SVP und die FDP im Zuge ihrer Gewinne anlässlich der Nationalratswahlen 2015 im Kanton Aargau etwas an Schwung werden mitnehmen können.

Tabelle 1: Sitzverteilung im Grossen Rat des Kantons Aargau, 2016 und 2012 im Vergleich

	SVP	FDP	SP	CVP	Grüne	GLP	EVP	BDP, EDU
Sitze 2016	45	22	27	17	10	7	6	6
Sitze 2012	45	22	22	19	10	8	6	8
Differenz	0	0	+5	-2	0	-1	0	-2

Es kam dann doch noch zu einer Überraschung (siehe Tab. 1). Die SP konnte mit fünf zusätzlichen Sitzen auf Kosten der Mitteparteien zulegen und ist nun zweitstärkste politische Kraft im Kanton.

Gleichzeitig fanden auch die Regierungswahlen statt (siehe Tab. 2). Eine ungewöhnlich hohe Zahl von 14 Kandidaten und Kandidatinnen stellte sich zur Wahl. Die Beteiligung betrug 32.4 Prozent. Mit dem altersbedingten Rücktritt von Regierungsrat Roland Brogli (CVP) sowie dem Verzicht der Grünen Regierungsrätin Susanne Hochuli auf eine erneute Kandidatur standen zwei Vakanz an. Die Bisherigen konnten von einer Wiederwahl ausgehen und dem war auch so: Urs Hofmann (SP), Stephan Attiger (FDP) und Alex Hürzeler (SVP) wurden in ihrem Amt bestätigt. Markus Dieth (CVP) konnte den vakanten CVP-Sitz bereits in der ersten Runde sichern.

Tabelle 2: Regierungswahlen im Kanton Aargau 2016

	SP	FDP	SVP	CVP
1. Wahlgang	Urs Hofmann	Stephan Attiger	Alex Hürzeler	Markus Dieth
2. Wahlgang			Franziska Roth	

Im zweiten Wahlgang vom 27. November 2016 standen sich als Kandidierende mit Chancen auf eine Wahl noch Franziska Roth (SVP) mit dem besten Ergebnis aus der ersten Runde und knapp dahinter Yvonne Feri (SP) sowie Maya Bally von der BDP gegenüber. Diese Ausmarchung gewann Franziska Roth (SVP) deutlich mit rund 10'000 Stimmen Vorsprung auf Yvonne Feri (SP). Die Linke hat folglich im Regierungsrat einen Sitz eingebüsst. Die SVP ist entsprechend ihrer Stärke im Grossen Rat neu mit zwei Sitzen vertreten.

1 Diese Studie wurde vom Verein Freunde des Zentrums für Demokratie Aarau finanziell unterstützt.

2 Für eine Übersicht der Resultate siehe: Kanton Aargau (2016) Grossratswahlen 2016. stat.kurzinfo Nr. 43, Dezember 2016.

Die Grossratswahlen

Einleitung

Die Gründe eines Wahlentscheids zu erschliessen, ist eine der Hauptaufgaben der Wahlforschung. Die Wahlmotive können dabei ganz unterschiedlich sein. Das soziale Umfeld eines Wählenden, seine politischen Einstellungen, seine materiellen Interessen, aber auch überindividuelle Bestimmungsgründe wie Kampagnen und Medienberichterstattung gehören zu den möglichen Prägefaktoren eines Wahlentscheids. Diese Faktoren wirken zudem nicht isoliert auf den Urnenentscheid ein, sondern stehen zu meist in einer wechselseitigen Beziehung zueinander. Eine Wahlkampagne beispielsweise dient dazu, vorhandene, aber eventuell schlummerende (latente) Prädispositionen zu aktivieren. Materielle Interessen sind wiederum oftmals verknüpft mit Werthaltungen. Deshalb ist der Wahlentscheid in der Regel nicht bloss auf *einen einzelnen*, alles erklärenden Bestimmungsgrund zurückzuführen, sondern er ist vielmehr ein komplexes Amalgam verschiedenster Faktoren. Im vorliegenden Bericht liegt das Hauptaugenmerk auf zwei Gruppen von Entscheidungsfaktoren:

1. Zum einen auf soziale Merkmale der Wählenden. Sie beschreiben - auch wenn dies vordergründig etwas sonderlich klingen mag - keine *individuellen* Charakterzüge der Wählenden, sondern ihr soziales Umfeld und ihre Lebenssituation, die stets in einem bestimmten sozialen Kontext eingebettet sind. Soziale Merkmale spielen bei der Ausdeutung von Wahlentscheiden seit jeher eine wichtige Rolle. Zwar existieren die klassischen sozialen Milieus der Vorkriegszeit (etwa das katholische Milieu oder das sozialdemokratisch geprägte Arbeitermilieu) kaum noch, aber nach wie vor bewegen sich Individuen oftmals innerhalb ganz bestimmter sozialer Kreise. Dieses Umfeld prägt ihre Wahrnehmungen, ihre Interessen, ihre Erfahrungen und folgerichtig führt es auch zu einer gewissen Homogenisierung politischer Präferenzen.³ Das ist etwa daran erkennbar, dass die CVP - auch im Kanton Aargau - unter den katholischen Wählern und Wählerinnen nach wie vor stark vertreten ist. Die Prägekraft sozialer Merkmale auf den Wahlentscheid wird im ersten Abschnitt behandelt.
2. Zum anderen wird der Wahlentscheid von politischen Einstellungen beeinflusst. Denn die Wahl einer Partei ist stets ein politischer Richtungsentscheid. Von der gewählten Partei bzw. den gewählten Kandidaten und Kandidatinnen wird erwartet, dass sie die sachpolitischen Haltungen ihrer jeweiligen Wählerschaft im Parlament vertreten. Und tatsächlich fühlen sich die Gewählten ihrer Wählerklientel gegenüber auch verantwortlich, nicht zuletzt deshalb, weil sie in vier Jahren wiedergewählt werden wollen. Das lässt sich bestens mit dem Konzept des «*Proximity Voting*» in Einklang bringen, bei dem davon ausgegangen wird, dass sich die Wählenden zunächst auf einer sachpolitischen «Superdimension» wie der Links-Rechts-Achse positionieren und anschliessend diejenige Partei wählen, die ihr auf dieser Achse am nächsten steht. Im Zusammenhang mit den oben genannten sozialen Merkmalen ist darauf hinzuweisen, dass politische Einstellungen zudem einen *direkteren* Einfluss auf die Wahlpräferenz haben als soziale Kontextfaktoren. Das liegt dar-

3 Von der prägenden Kraft des sozialen Umfeldes haben schon Georg Simmel in seinem 1890 erschienenen Aufsatz 'Die Kreuzung sozialer Kreise' sowie die Vordenker der modernen Wahlforschung nach dem Zweiten Weltkrieg wie etwa Paul F. Lazarsfeld geschrieben. Diese soziologischen Ansätze haben mit den milieuorientierten Erklärungen des Wahlsiegs von Donald Trump (Stichwort: «Filterblase») eine Art Wiedergeburt erlebt.

an, dass sie sowohl «psychologisch» wie auch zeitlich viel näher am Wahlentscheid liegen als soziale Merkmale. Die politischen Grundhaltungen sind gewissermassen das Destillat der vorangegangenen Erfahrungen und Prägungen, die das Individuum in seinem näheren sozialen Umfeld macht. Diese Grundhaltungen wirken sodann auf den Wahlentscheid ein. Auf den Einfluss von Werthaltungen und Sachfragenorientierungen gehen wir im zweiten Abschnitt ein.

Die Datengrundlage für die vorliegende Wahlanalyse bildet eine Nachbefragung, die zwischen dem 21. und 24. Oktober 2016 durchgeführt wurde. Die Befragungsdaten wurden von Sotomo auf den Webseiten der AZ Medien erhoben (zu den Details siehe den Anhang). Die Befragung wurde zum ersten Mal in dieser Form durchgeführt. Uns fehlen demnach vergleichbare Daten zu den kantonalen Wahlen vor vier Jahren (2012). Deshalb sind vergleichende Aussagen nicht möglich. Ob eine Partei in einem bestimmten Bevölkerungssegment *zulegen* konnte oder *verlor*, können wir demnach nicht sagen, weil die entsprechenden Referenzwerte der vergangenen Wahlen fehlen. Hingegen ist ein Vergleich zwischen den Parteiwählerschaften möglich. Auf diesem Vergleich liegt deshalb auch das Hauptaugenmerk der nachfolgenden Abschnitte.

Der Wahlentscheid nach sozialen Merkmalen

Vorweg eine Bemerkung zu den Analyseeinheiten: Ausgewiesen wurden jeweils die Parteistärken⁴ der sechs wählerstärksten Aargauer Parteien innerhalb der jeweiligen Merkmalsgruppen.

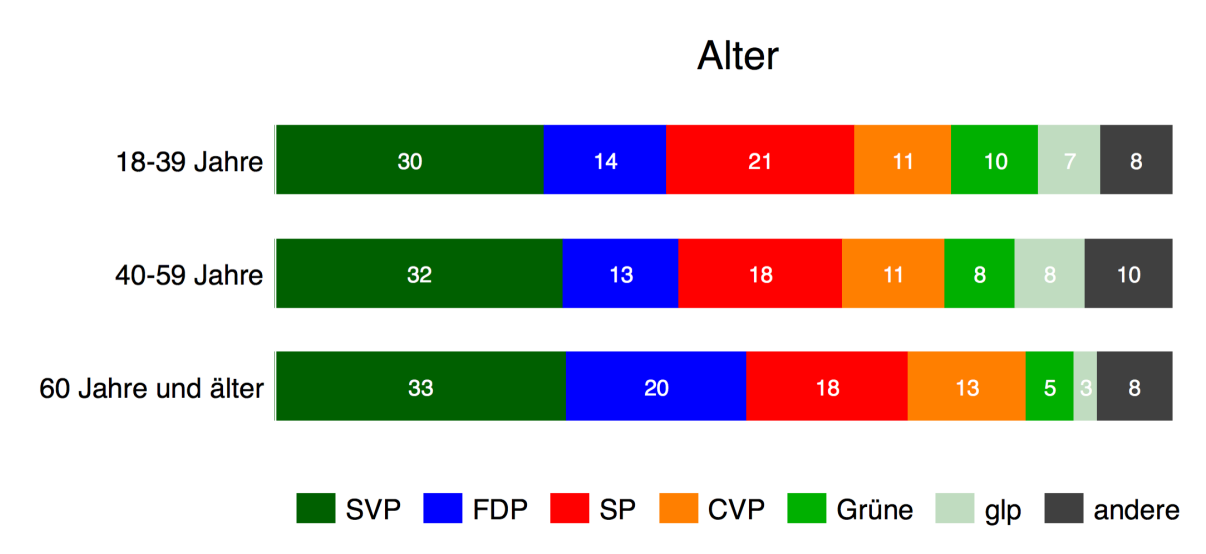
Betreffend Alter schnitt die SVP in allen ausgewiesenen Kategorien am besten ab. In keiner der Altersgruppen unterschritt sie die 30-Prozent-Marke (siehe Abb. 1). Die SP wiederum schnitt bei den jungen Wählenden überdurchschnittlich gut ab. Sie erzielte dort 21 Prozent aller Stimmen und ist unter den jungen Wählenden somit klar die zweite Kraft im Aargau.⁵ Überdurchschnittlich gut ist auch das Wahlergebnis der Grünen bei den jungen Wählenden. Sie vereinigen rund 10 Prozent der Stimmen der Jungen auf sich, was klar über ihrem kantonalen Durchschnitt liegt. In diesem Zusammenhang wird das Abschneiden von Parteien bei den Jungwählern oftmals als Indiz dafür gewertet, welches Zukunftspotential eine Partei hat. Das ist zwar nicht grundlegend falsch, aber genauso wenig ist es ein ehernes Gesetz. Aus den Ergebnissen bei jungen Wählenden kann nur bedingt auf das zukünftige Wählerpotential einer Partei geschlossen werden. Denn mit zunehmendem Alter ändern sich zugleich auch oftmals weitere zentrale Wahlparameter: Die Lebenssituation, die materiellen Interessen und nicht zuletzt auch das nähere soziale Umfeld. All dies wirkt sich naturgemäss auch auf das Wahlverhalten aus, was daran erkennbar ist, dass etwa die Beteiligung an Wahlen kaum von generationalen, sondern vielmehr von lebenszyklischen Randbedingungen abhängig ist (ältere Wahlberechtigte betei-

4 Exakte Parteiwählerzahlen (bzw. -anteile) sind für Wahlsysteme, in denen *panaschiert* werden kann, schwer zu ermitteln (siehe dazu Mosers Beitrag zu den Wählerzahlen im Kanton Zürich: http://www.statistik.zh.ch/content/dam/justiz_innern/statistik/Publikationen/statistik_info/si_2016_02_wahlentscheidung_nr_wahlen_2015.pdf). Denn in solchen Systemen können Wählende ihre Stimmen zwischen unterschiedlichen Parteien verteilen. Für die obige Analyse wurden nur Angaben zur jener Partei berücksichtigt, von der die Befragten gemäss Selbstdeklaration die *meisten* Kandidierenden wählten.

5 Um eine möglichst verlässliche Schätzung der Parteistärken nach Altersgruppen ausweisen zu können, haben wir bloss drei Altersgruppen ausgewiesen. Diese dreistufige Klassifikation garantiert hohe Fallzahlen, was wiederum robuste Schätzungen gewährleistet. Bildet man geringere Altersintervalle, so zeigt sich, dass die beiden Polparteien, SP und SVP, bei den 18-29-Jährigen nochmals besser abschnitten als bei den 30-39-Jährigen. Diese Aussagen sind aufgrund der geringeren Fallzahlen aber nur als Tendenz zu betrachten.

gen sich schon seit jeher häufiger als junge Wählende). Bei den älteren Wählenden bildet die FDP die zweite Kraft, während die Grünen nur noch fünf Prozent Wähleranteile erzielen.

Abbildung 1: Parteiwahl nach Altersklassen (n=1'462)



Die strahlende Siegerin der Aargauer Grossratswahlen war die SP. Der Begriff «Siegerin» passt dabei doppelt: Denn die SP schnitt bei den Wählerinnen deutlich besser ab als bei den Wählern (Differenz: sieben Prozentpunkte, siehe Abb. 2). Das ist keine Sensation. Die SELECTS-Studie zu den Nationalratswahlen 2015 wies beispielsweise eine *nationale* Geschlechterdifferenz von vier Prozentpunkten bei der SP aus.⁶ Der Aargauer Befund bestätigt dieses Ergebnis und deutet ausserdem darauf hin, dass der Frauenanteil in der SP-Wählerschaft möglicherweise noch zugenommen hat. Es sei nochmals darauf hingewiesen, dass wir aufgrund fehlender Vergleichsdaten keine Gewissheit haben können, ob die SP *speziell* bei den Frauen *zulegen* konnte. Hierüber kann nur spekuliert werden. Immerhin lässt der Umstand, dass die SP bei *jungen Frauen* ausserordentlich gut abschnitt,⁷ zumindest vermuten, dass ein Teil des SP-Wahlerfolgs auf eine Mobilisierung links wählender, junger Frauen zurückzuführen ist. Über die Gründe dafür lässt sich wiederum nur spekulieren: Immerhin fanden die Aargauer Wahlen in der heissen Phase des US-Präsidentenwahlkampfes statt. Und bei dieser Wahl, über die selbst in der Schweiz häufiger berichtet wurde als über die meisten anderen kantonalen Wahlen, war das Frauenbild des Kandidaten Trump eines der dominierenden Themen. Möglicherweise löste dies eine Reaktion bei jungen Frauen aus.⁸ Zum anderen sind sowohl in der SP als auch der Juso Aargau jüngere Frauen in Ämtern. Entsprechend sind sie gegen aussen sichtbar und dienen so allenfalls als motivierendes Vorbild.

6 Die SELECTS-Fallzahlen für den Kanton Aargau sind zu gering, um verlässliche Aussagen machen zu können.

7 Bei den 18-29-Jährigen (n=158) beträgt die Geschlechterdifferenz bei der SP in der Stichprobe gar acht Prozentpunkte. Aufgrund der tiefen Fallzahl muss dieser Befund jedoch mit Vorsicht interpretiert werden.

8 Andererseits haben erste Auswertungen der US-Präsidentenwahl gezeigt, dass die Differenzen zwischen Männern und Frauen unter den amerikanischen Wählenden bei Weitem nicht so gross waren wie angenommen.

Abbildung 2: Parteiwahl nach Geschlecht (n=1'456)

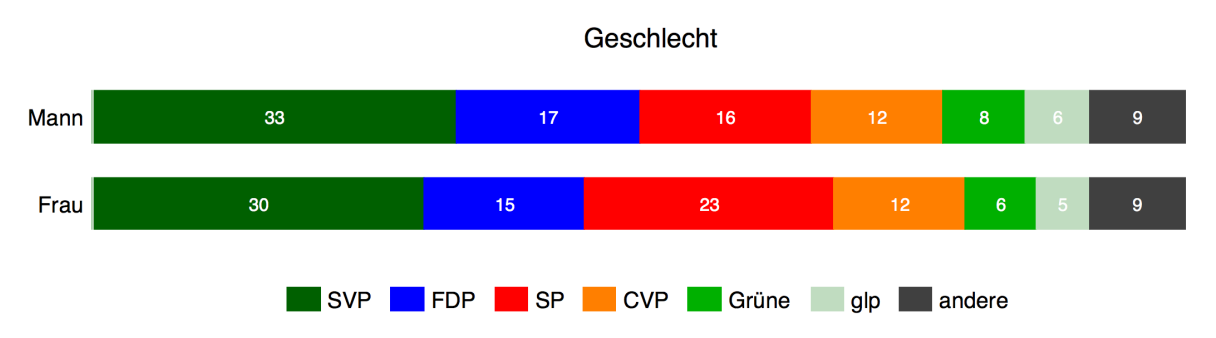
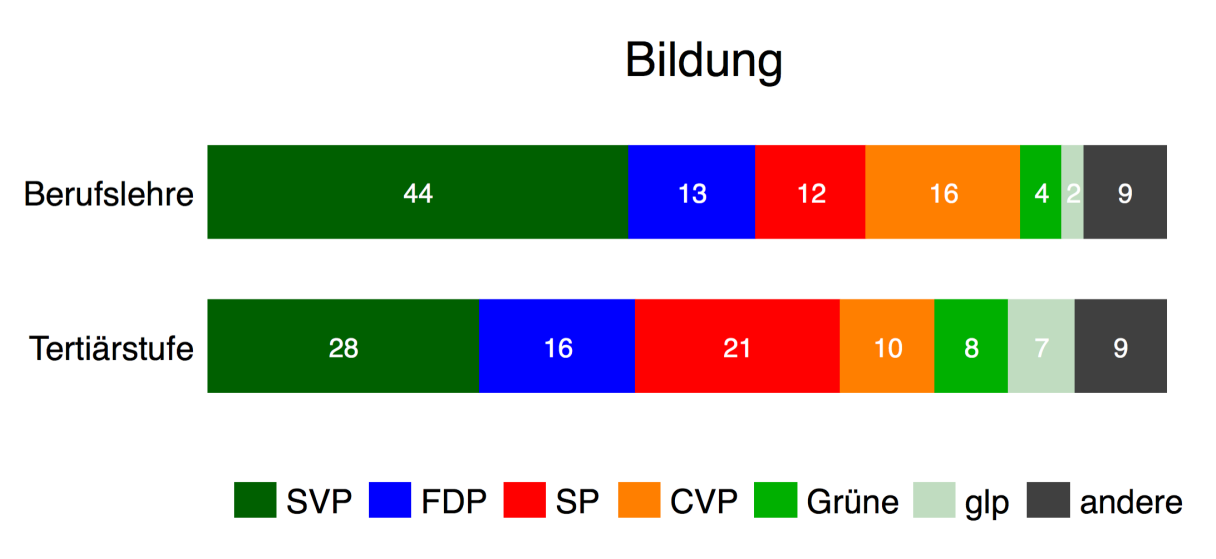


Abbildung 3: Parteiwahl nach Bildungsstufe (n=622)

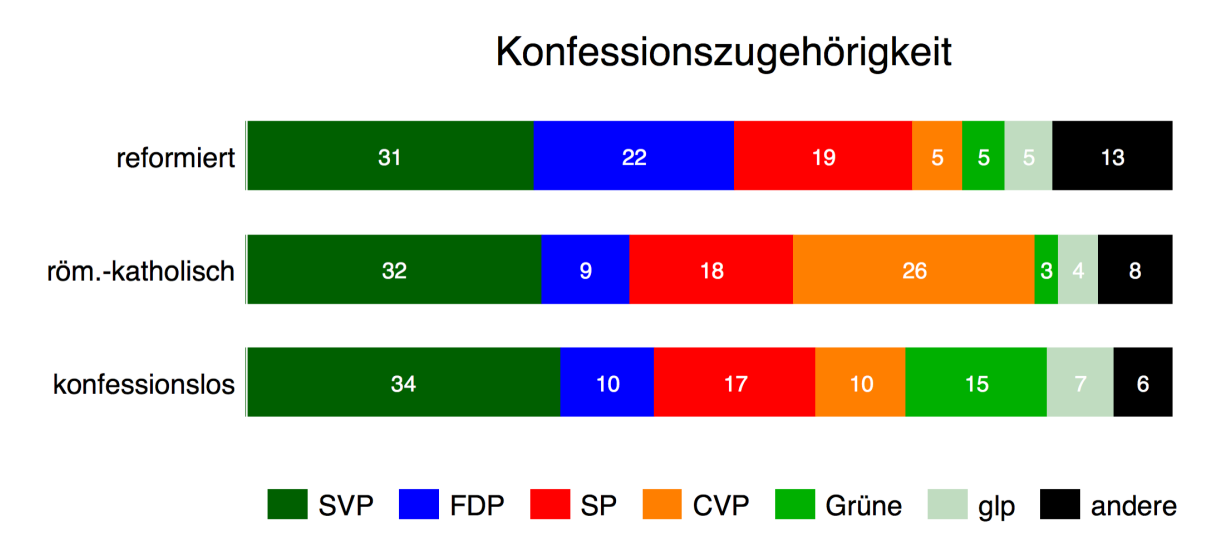


Bemerkungen: Bei der Klassifikation der Bildungsabschlüsse lag zunächst die dreistufige Typologie des BfS zugrunde. Im Gegensatz zum BfS haben wir angelehnt an die Wahlstudien von SELECTS alle Abschlüsse, die zur *Sekundarstufe II Allgemeinbildung* gehören, zusammen mit den Tertiärabschlüssen ausgewiesen. Die Fallzahl der Teilnehmenden mit Sekundarstufe I war zu gering, um verlässliche Zahlen ausweisen zu können.

Auch bezüglich der formalen Bildung (siehe Abb. 3), gemessen am höchsten, erreichten Bildungsabschluss, finden wir für die Grossratswahlen im Kanton Aargau den Spiegel auf nationaler Ebene wie bereits im Rahmen der SELECTS-Studie⁹ für die Nationalratswahlen 2015 erhoben. Ein klares Bild zeigt sich bei der SP. Sie können jeweils ihre Stimmen überdurchschnittlich stark bei Absolventen einer höherstufigen Ausbildung abholen. Tendenziell ist dies auch bei der GLP, den Grünen und der FDP so. Den deutlichsten Bildungsunterschied in der Wählerschaft finden wir jedoch mit 16 Prozentpunkten bei SVP-Wählenden. Befragte mit einer tieferen formalen Bildung haben eher SVP gewählt. Aber auch bei dieser grossen Spanne gleicht das Bildungsprofil von SVP-Wählenden aus dem Aargau dem nationalen Durchschnitt. Die Unterschiede waren gemäss SELECTS-Studie für die Nationalratswahlen 2015 gar noch deutlicher und betragen für SVP-Wählenden zwischen den Bildungsstufen 'Berufslehre' und 'Tertiärausbildung' 22 Prozentpunkte. Die eigentliche Arbeiterpartei ist auch im Kanton Aargau heutzutage demnach die SVP und nicht mehr die SP.

⁹ Lutz, Georg (2016) Eidgenössische Wahlen 2015: Wahlteilnahme und Wahlentscheid. Lausanne: FORS.

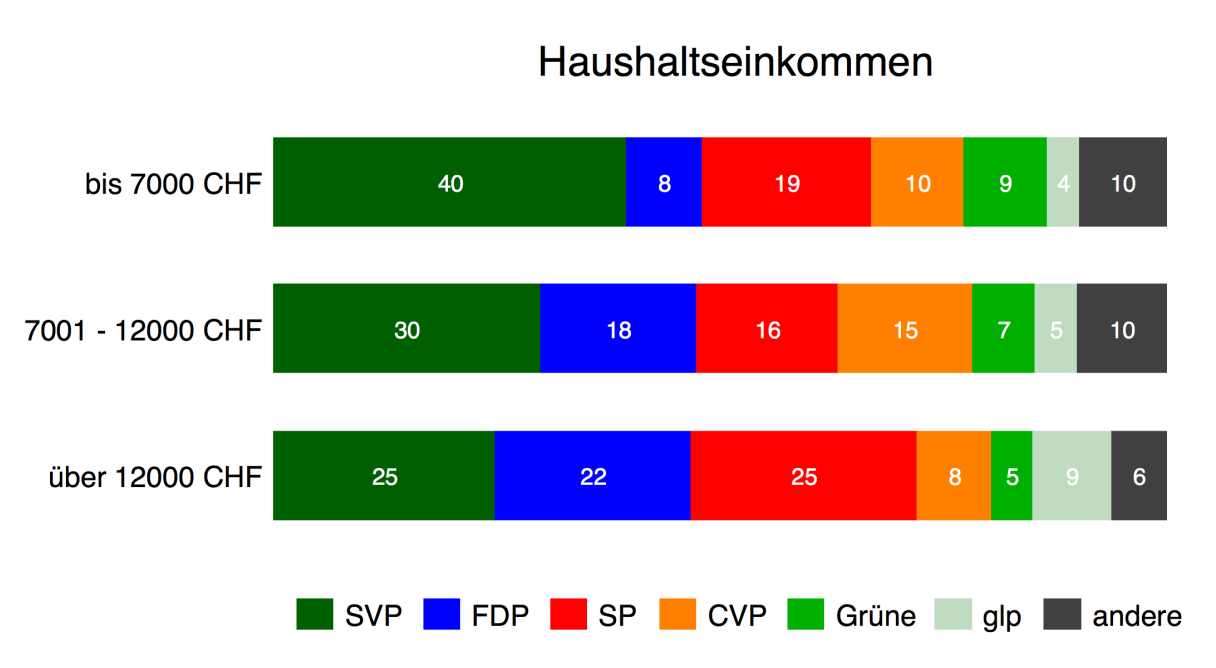
Abbildung 4: Parteiwahl nach Konfessionszugehörigkeit (n=604)



Bemerkung: Die Kategorie „Andere“ enthält zu wenige Fälle, um verlässliche Aussagen machen zu können.

Obwohl das religiöse Milieu, in dem man aufgewachsen ist oder sich bewegt, im Alltag kaum mehr sichtbar ist, spielt es für die Wahl einer Partei immer noch eine Rolle. Wie bei anderen soziodemografischen Merkmalen auch darf man dabei aber nicht von einer deterministischen Beziehung ausgehen, lediglich die Wahrscheinlichkeit ist im Vergleich höher. Unter den Anhängern des römisch-katholischen Glaubensbekenntnisses finden wir deshalb traditionellerweise immer noch überdurchschnittlich viele CVP-Wählende (siehe Abb. 4). SP- und SVP-Wählende scheinen punkto Konfession neutraler ausgerichtet zu sein. FDP-Wählende finden wir im Kanton Aargau mit 22 Prozent verstärkt unter Reformierten und Grüne mit 15 Prozent bei den Konfessionslosen.

Abbildung 5: Parteiwahl nach Haushaltseinkommen (n=576)

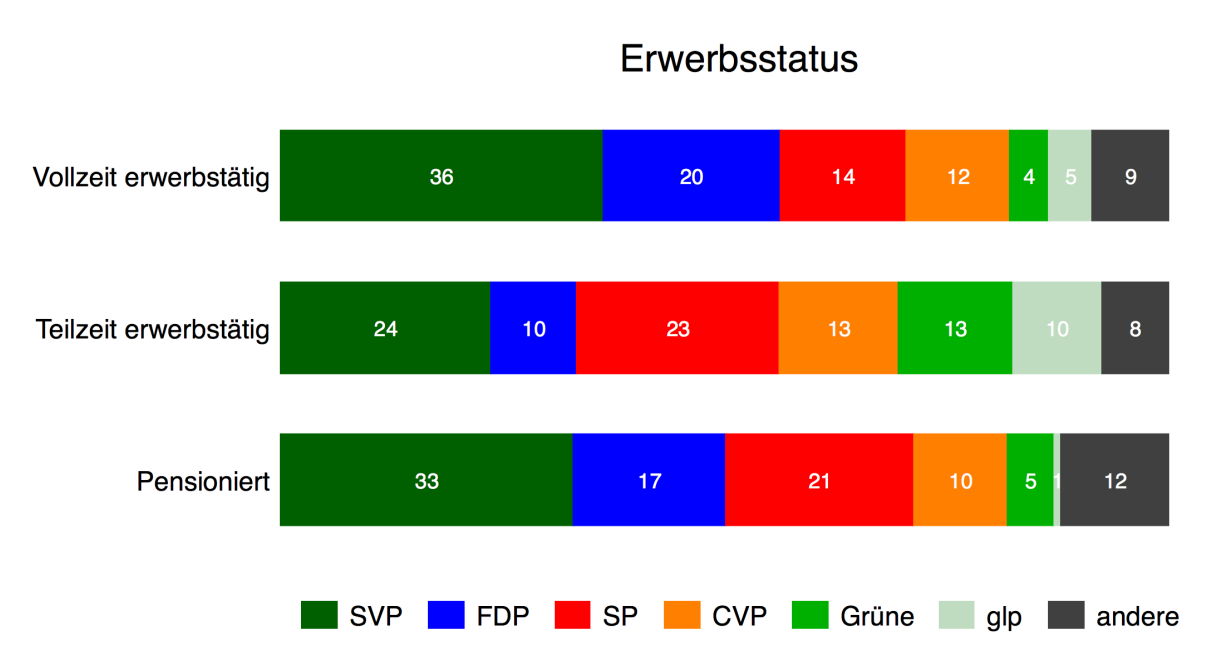


Auch betreffend Haushaltseinkommen finden sich einige nennenswerte Unterschiede in der jeweiligen Parteiwählerschaft (siehe Abb. 5). Tendenziell wählten im Kanton Aargau tiefere und mittlere Ein-

kommensschichten die SVP¹⁰, während prononciert bei FDP-, aber im Ansatz auch bei SP-Wählenden mehr gut bis sehr gut Verdienende vertreten sind. Obwohl aufgrund der geringen Fallzahlen für diese Frage eine gewisse Vorsicht am Platz ist, zeigt sich bei den grün denominierten Parteien Grüne und GLP eine klar gegenteilige Einkommensverteilung. Grüne-Wählende finden wir mit je 9 Prozent eher bei den unteren, GLP-Wählende bei den oberen Einkommensschichten.

Bei der Frage nach dem Erwerbsstatus zeigt sich, dass die bürgerlichen Parteigänger der FDP und SVP klar zum Vollzeit-Modell tendieren, oder als zweitwichtigste Kategorie zu den Pensionierten gehören (siehe Abb. 6). Teilzeit Erwerbstätige sind bei allen anderen Parteien, inklusive der CVP, stärker vertreten, mit relativ deutlichen Abständen bei den Grünen und Grünliberalen. Auffällig das Muster bei der SP: Mit einem deutlichen Prozentunterschied im Vergleich zu den Vollzeit-Erwerbstätigen sind bei SP-Wählenden eher Teilzeit-Erwerbstätige und Pensionierte anzufinden.

Abbildung 6: Parteiwahl nach Erwerbsstatus (n=622)



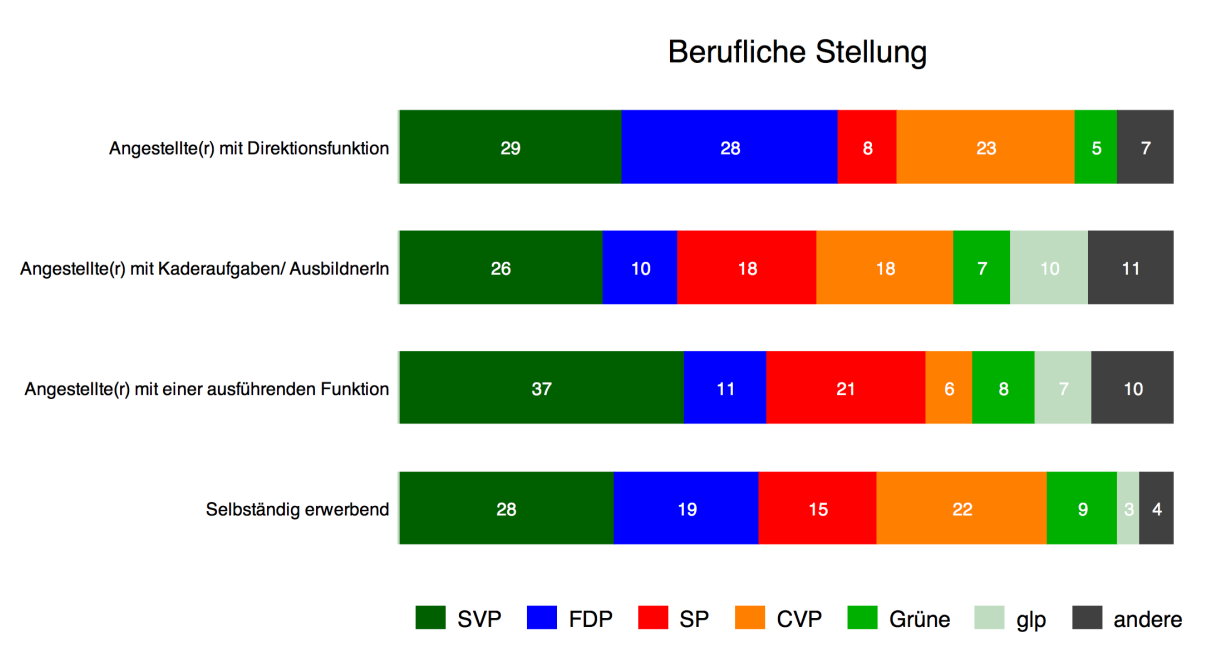
Bemerkungen: Die restlichen Kategorien "In Ausbildung", "Hausfrau/Hausmann", "Erwerbslos" und "Anderes" wurden aufgrund der geringen Fallzahlen nicht ausgewiesen.

Eine Aufschlüsselung der Parteiwahl nach beruflicher Stellung bestätigt für die 'Grossen Fünf'- also SVP, SP, FDP, CVP und Grüne¹¹ - im Kanton Aargau die bisher ersichtliche Typologie von der SVP als 'Büezer-Partei' (mit der höchsten Prozentzahl für Angestellte mit ausführender Funktion und einem relativ tiefen Haushaltseinkommen), der FDP als Partei einer erfolgreichen wirtschaftlichen Elite (eingerhend mit höheren Einkommen und hohen Prozentwerten für Angestellte mit Direktionsfunktion), der SP als bipolar zusammengesetzte Partei, die sich einerseits aus gut verdienenden Staatsangestellten (besonders prononciert in den Bereichen: Gesundheits- und Sozialwesen sowie Ausbildung und Forschung) und der eher traditionellen Klientele von weniger gut Ausgebildeten und Verdienenden zusammensetzt. Bei der CVP fällt der relativ hohe Anteil selbständig Erwerbender auf.

10 Was auch mit der Auswertung des formalen Bildungsstandes übereinstimmt (siehe Abb. 3).

11 Schon nur die vier grössten Parteien SVP, SP, FDP und CVP decken bereits 94.1% der Wählerstimmen ab.

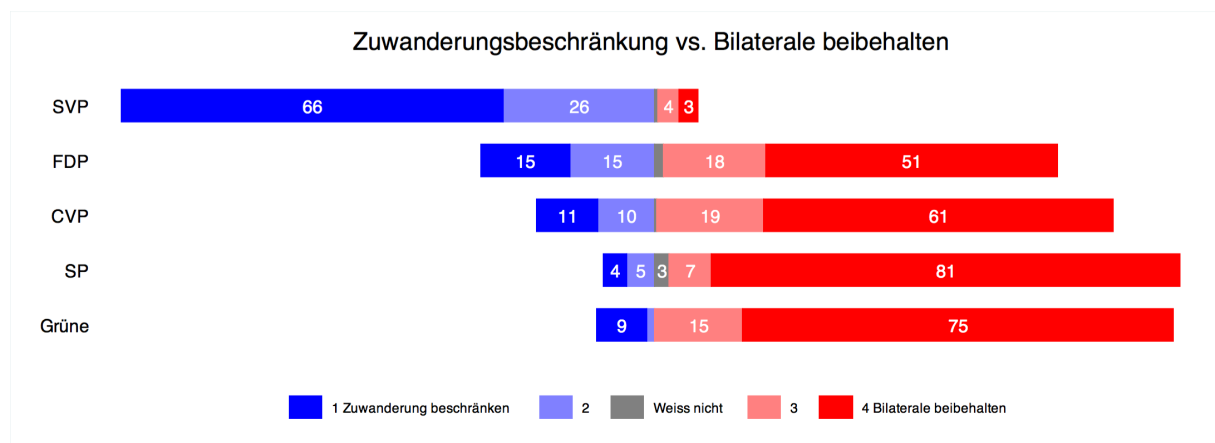
Abbildung 7: Parteiwahl nach beruflicher Stellung (n=444)



Der Wahlentscheid und die Haltung zu Sachfragen

Die Befragten wurden gebeten, sich zu acht ausgewählten Sachfragen zu äussern. Die Haltungen zu diesen Sachfragen wurden sodann für die fünf wählerstärksten Aargauer Parteien aufgeschlüsselt. Diese fünf Parteiwählerschaften umfassen insgesamt 1'231 Befragte. Bei der Interpretation der nachfolgenden Ergebnisse ist vor allem auf zwei Dinge zu achten: Erstens, die ausgewiesenen Haltungen wurden jeweils nach Parteiwählerschaften ausgewiesen. Diese weisen aber unterschiedliche Wählerstärken auf. So ist beispielsweise von den fünf grössten Aargauer Wählerschaften einzig diejenige der SVP mehrheitlich für eine Zuwanderungsbeschränkung, sollte die Schweiz sich zwischen jener und der Beibehaltung der Bilateralen entscheiden müssen. Doch die SVP ist die mit Abstand wählerstärkste Aargauer Partei. Zweitens, besteht bei solchen Ergebnissen generell die Versuchung, auf ein mögliches, zukünftiges Abstimmungsergebnis zu schliessen. Das ist nur bedingt zulässig. Denn die in der vorliegenden Umfrage erhobenen Haltungen stehen *stellvertretend für den Wahlkörper des Urnenganges vom 23. Oktober 2016*. An diesen Wahlen beteiligte sich jedoch nur etwa ein Drittel des Elektors. Sollte aber über Fragen wie die Beibehaltung der Bilateralen oder über die Selbstbestimmungsinitiative der SVP abgestimmt werden, so wird die Beteiligungsquote mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit *deutlich höher* ausfallen. Bei den genannten Beispielabstimmungen werden sich also viele Stimmbürger beteiligen, die den Grossratswahlen 2016 noch fern blieben und demnach nicht zur Grundgesamtheit dieser Befragung gehörten.

Abbildung 8: Zuwanderungsbeschränkung vs. Bilaterale nach Parteiwahl (n=1'195)



Frage: «Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative wird derzeit kontrovers diskutiert. Ganz generell gesprochen: Wenn sich die Schweiz zwischen der Zuwanderungsbeschränkung und dem Beibehalt der bilateralen Verträge entscheiden müsste, was würden Sie wählen?». Die Kategorien [2] und [3] stehen für «eher beschränken» bzw. «eher beibehalten».

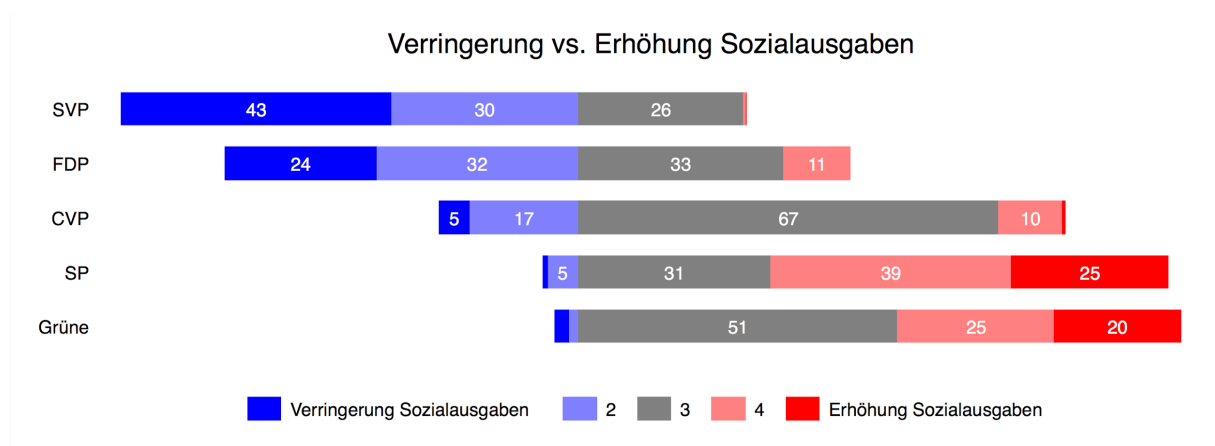
Zu den einzelnen Sachfragenorientierungen:

Kaum eine politische Frage bewegt die Schweiz aktuell so stark wie diejenige nach der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. In diesem Zusammenhang konnten die Befragten angeben, wofür sie sich entscheiden würden, wenn sie zwischen einer Zuwanderungsbeschränkung und der Beibehaltung der Bilateralen wählen müssten. Erwartungsgemäss durchzieht ein tiefer Graben die Aargauer Wählerschaft: Auf der einen Seite die SVP-Wählenden, die beinahe geschlossen für eine Zuwanderungsbeschränkung eintreten und auf der anderen Seite die restlichen (Gross-)Parteien, die beinahe ebenso ge-

schlossen an den Bilateralen festhalten wollen (siehe Abb. 8). Im Umkehrschluss lässt sich demnach sagen: Wer die Zuwanderung auch um den Preis der Aufgabe der PFZ und der Bilateralen beschränken will, wählt SVP. Die Forderung der Zuwanderungsbeschränkung ist ihr Alleinstellungsmerkmal und bringt ihr alleine dadurch schon einen erheblichen Wähleranteil ein.

Was die Sozialausgaben anbelangt, so unterscheiden sich SVP- und FDP-Wählerschaft im Gegensatz zur Bilateralenfrage nicht sonderlich stark (siehe Abb. 9). Beide Wählerschaften wünschen sich einen schlanken Sozialstaat und wollen - ganz generell gesprochen¹² - die Aargauer Sozialausgaben kürzen. Die CVP-Wählerschaft sieht weder in einer Ausgabenverringering noch in einer Ausgabenerhöhung eine Notwendigkeit. Rund zwei Drittel von ihnen sind mit dem Status Quo zufrieden. Darin kommt wahrscheinlich auch die Funktion der CVP als zentrale Mehrheitsbeschafferin zum Ausdruck. Die CVP ist nachweisbar eine wichtige Partnerin, wenn es darum geht, Mehrheiten für eine Massnahme im Parlament zu gewinnen. Der gesetzliche Status Quo dürfte damit auch oftmals *genau der Position der CVP entsprechen*. Deshalb teilt auch ihre Wählerschaft den aktuellen Ist-Zustand in der Aargauer Sozialpolitik. Anders die Wählerschaft der Sozialdemokraten: Mehr als die Hälfte von ihnen will die Sozialausgaben erhöhen. Bemerkenswert sind die kleinen, aber feinen Unterschiede zu den Grünen. Dort ist die Hälfte der Wählenden mit dem Status Quo zufrieden.

Abbildung 9: Haltung zu den Sozialausgaben des Kantons Aargau nach Parteiwahl (n=1'138)



Frage: «Wie stehen Sie zu den Sozialausgaben des Kantons Aargau? Sind sie für eine Erhöhung oder für eine Verringerung der Sozialausgaben des Kantons?» Dabei steht der Wert 3 (grau) für den Status Quo (weder Verringerung noch Erhöhung). Weiss-Nicht-Antworten (1.3% aller Antwortenden) wurden in der obigen Abbildung nicht berücksichtigt.

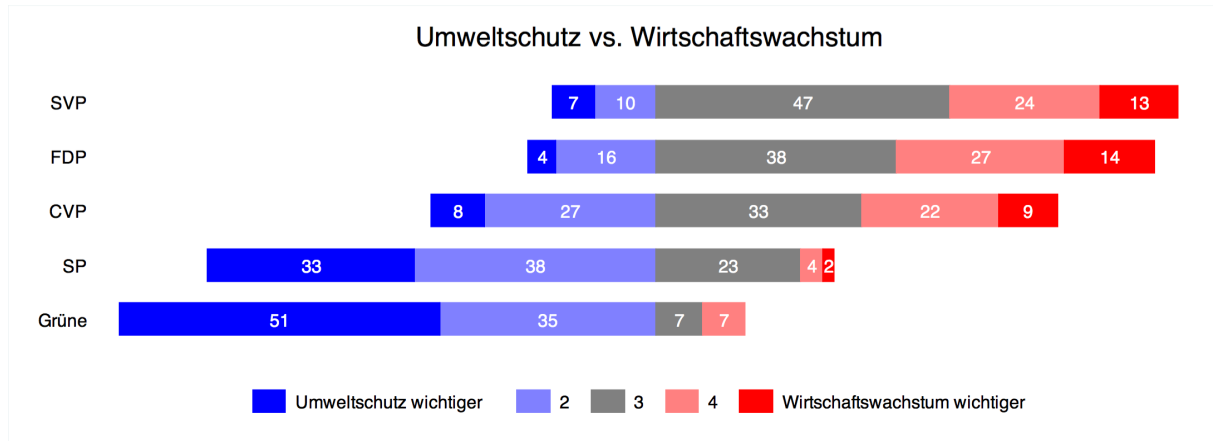
Aus der Umweltschutz- und Anti-Atomkraft-Bewegung ist die Grüne Partei einstmals hervorgegangen und es ist nach wie vor ihr Alleinstellungsmerkmal innerhalb der Schweizer Parteienlandschaft. Denn der Anteil derer, die dem Umweltschutz den Vorrang gegenüber dem wirtschaftlichen Wachstum geben (siehe Abb. 10), ist beispielsweise erkennbar höher als bei der SP-Wählerschaft, die sich in anderen Sachfragen nicht sonderlich stark von den Grünen unterscheidet.

Ein ganz ähnliches Bild präsentiert sich bei der Frage nach der Akzeptanz der Kernenergie (siehe Abb. 11). Wenig überraschend wird der Atomausstieg von den Wählenden der Grünen Partei am stärksten

12 Die Frage nach der gewünschten Höhe der Sozialausgaben wurde bewusst auf einer hohen Abstraktionsstufe gestellt. Mit anderen Worten: Es ist ganz generell von einer Verringerung von Sozialausgaben die Rede, nicht aber, in welchem Bereich nun konkret gespart werden sollte. Das bedeutet aber, dass *konkrete* Ausgabenverringeringungen oder -erhöhungen auch durchaus unterschiedliche Zustimmungswerte erfahren könnten.

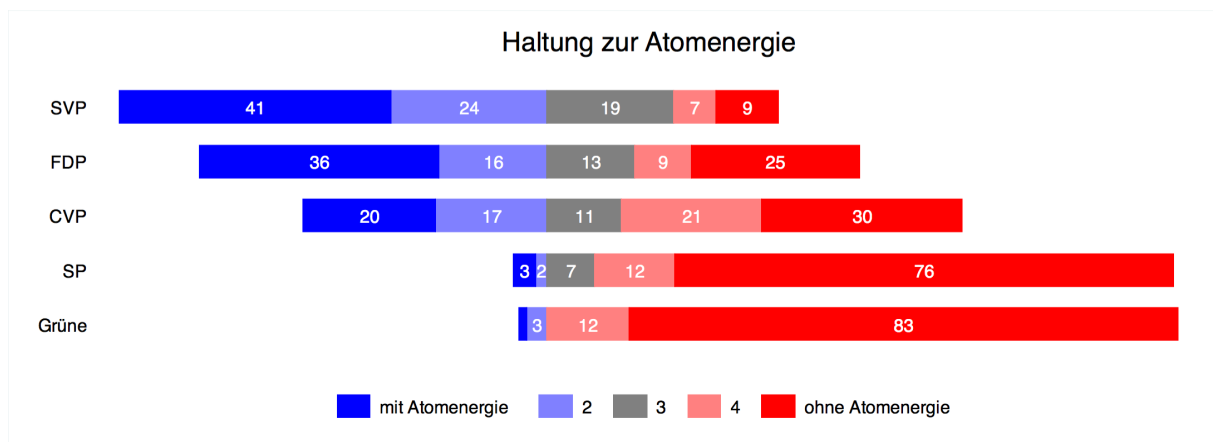
gefordert, gefolgt von der SP-Wählerschaft. Je weiter weg vom linken Pol des ideologischen Kontinuums, desto stärker die Akzeptanz der Kernenergie, wobei gleichzeitig der Anteil derer zunimmt, die in dieser Frage gespalten sind.

Abbildung 10: Frage, ob Umweltschutz oder Wirtschaftswachstum wichtiger seien, nach Parteiwahl (n=1'142)



Frage: «Was ist Ihnen wichtiger? Der Umweltschutz oder wirtschaftliches Wachstum?» Weiss-Nicht-Antworten (0.4% aller Antwortenden) wurden in der obigen Abbildung nicht berücksichtigt.

Abbildung 11: Haltung zur Atomenergie nach Parteiwahl (n=1'225)

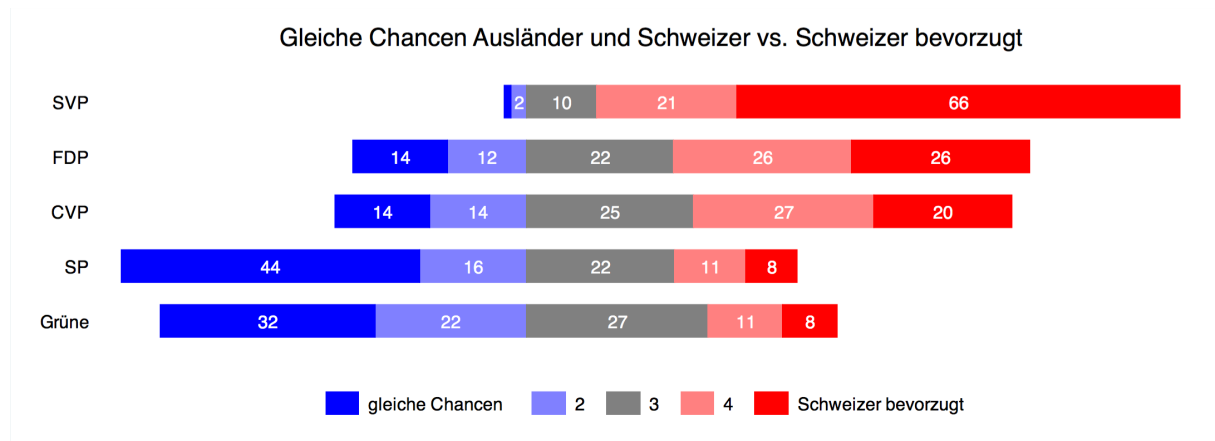


Frage: «Sind Sie für eine Schweiz mit Atomenergie oder für eine Schweiz ohne Atomenergie?» Dabei steht der Wert 3 (grau) für eine mittlere, neutrale Position (ohne Weiss-Nicht-Antworten, 1.3%).

Die Haltung zur ausländischen Wohnbevölkerung wurde mittels folgender, in den VOX- bzw. VOTO-, und SELECTS-Studien in ähnlicher Form gestellter Frage erfragt: «Sollen Schweizer und Ausländer die gleichen Chancen haben oder sollen Schweizer bevorzugt werden (d.h. bessere Chancen haben als Ausländer)?» Die Frage hat sich trotz ihrer semantischen Unschärfe als guter Indikator für die Messung der generellen Einstellung zur ausländischen Wohnbevölkerung und zu Migrationsfragen im Generellen bewährt. Die Aargauer Auswertung zeigt, dass Migrationsfragen nicht gleich bewertet werden wie aussenpolitische oder völkerrechtliche Fragen, die - wie etwa die Frage der Personenfreizügigkeit - beide Bezüge aufweisen, einen migrationspolitischen wie auch aussenpolitischen (bzw. aussenwirtschaftlichen) Bezug. Das ist in erster Linie an den Einstellungen der FDP- und CVP-Wählerschaften erkennbar. Beide Wählerschaften halten wie oben gezeigt mehrheitlich an den Bilateralen fest, sind gleichzeitig aber auch mehrheitlich für einen generellen «Inländervorrang». 52 Prozent der FDP-Wäh-

lerschaft und 47 Prozent der CVP-Wählerschaft sind für eine Bevorzugung der Schweizer gegenüber Ausländern. Dieser Inländervorrang ist zudem nicht bloss wirtschaftlich zu deuten, sondern kann als generelle Skepsis gegenüber der Zuwanderung interpretiert werden.¹³ Damit liegt die folgende Situation vor: Auf der einen Seite will eine Mehrheit der bürgerlichen Wählerschaften an den Bilateralen festhalten, auf der anderen Seite ist eine Mehrheit von ihnen zumindest als zuwanderungskeptisch¹⁴ zu bezeichnen. Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative ist genau in diesem Spannungsfeld angesiedelt.

Abbildung 12: Haltung zu Ausländern und Ausländerinnen nach Parteiwahl (n=1'144)



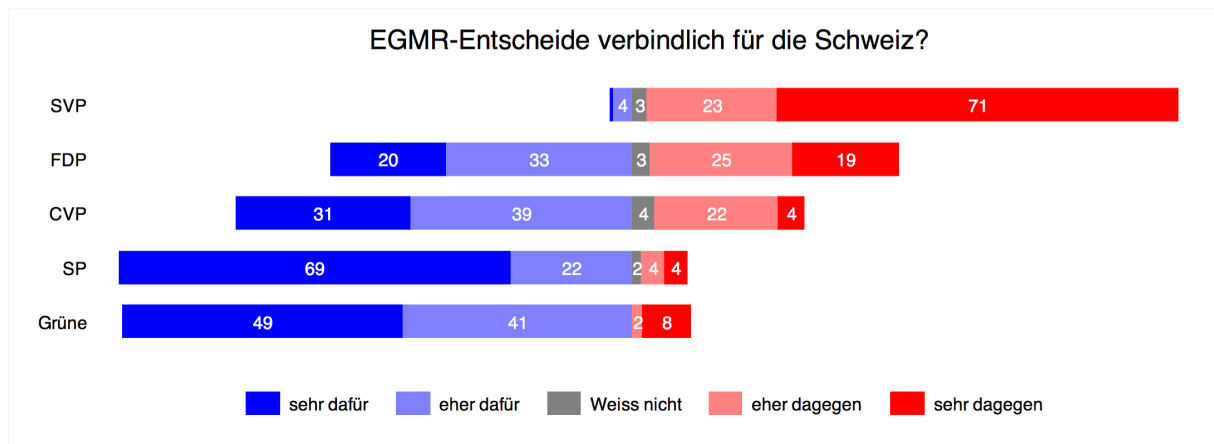
Frage: «Sollen Schweizer und Ausländer die gleichen Chancen haben oder sollen Schweizer bevorzugt werden (d.h. bessere Chancen haben als Ausländer)?» Dabei steht der Wert 3 (grau) für eine mittlere, neutrale Position. Weiss-Nicht-Antworten (0.5% aller Antwortenden) wurden in der obigen Abbildung nicht berücksichtigt.

Aufgrund der verstärkten internationalen Verflechtung der Schweiz rückt auch das Verhältnis zwischen Landesrecht und Völkerrecht mehr und mehr in den Mittelpunkt politischer Diskussionen. Die von der SVP eingereichte Selbstbestimmungsinitiative hat dieses Verhältnis zum Thema und in der Tat weiss die Aargauer SVP ihre Wählerschaft diesbezüglich auf ihrer Seite - und dies in einer Geschlossenheit wie sie nur noch bei der Frage nach der Zuwanderungsbeschränkung vorliegt: 94 Prozent lehnen die Verbindlichkeit von EGMR-Urteilen für die Schweiz ab. Die Aargauer FDP-Wählerschaft hingegen ist mehrheitlich zugunsten einer Verbindlichkeit von EGMR-Entscheiden. Allerdings ist eine starke Minderheit unter ihnen (44%) dagegen. Keine Zweifel gibt es indessen unter den linken Wählerschaften: Sowohl SP- wie auch Grünen-Wählende befürworten fast unisono die Verbindlichkeit von EGMR-Entscheiden. Kurz, das Konfliktfeld zum Verhältnis zwischen Landesrecht und Völkerrecht ist sehr ähnlich strukturiert wie dasjenige zur Umsetzung der MEI.

13 Wie gesagt, wurde eine Frage mit ganz ähnlichem Wortlaut bei den Vox-Analysen regelmässig gestellt und regelmässig wies diese Frage auch den stärksten Zusammenhang zu migrationspolitischen Entscheiden auf.

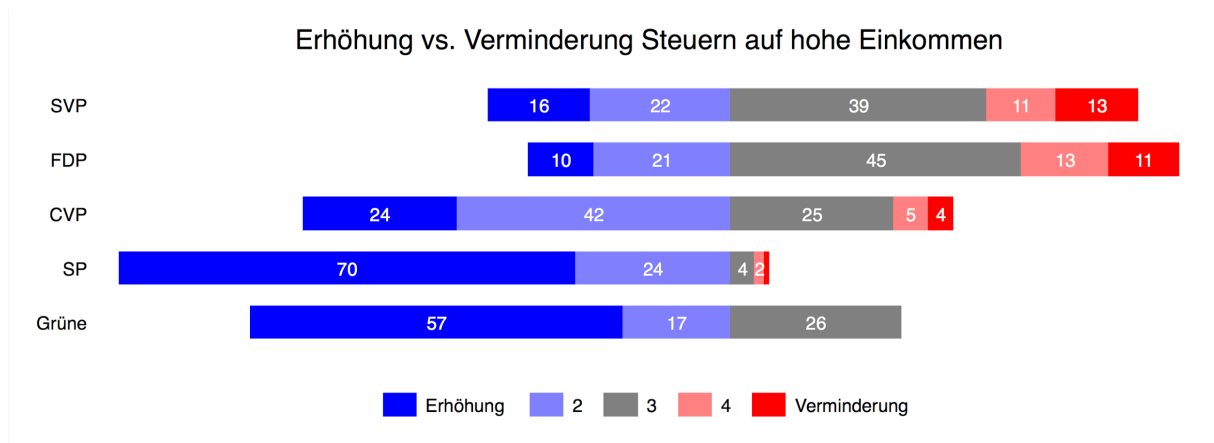
14 Ein Beispiel ist die Masseneinwanderungsinitiative, die im Kanton Aargau seinerzeit mit einem national überdurchschnittlich hohen Anteil von 55.2 Prozent angenommen wurde.

Abbildung 13: Haltung zur Verbindlichkeit von EGMR-Entscheiden nach Parteiwahl (n=1'123)



Frage: «Sollen die Entscheide des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) für die Schweiz verbindlich sein?»

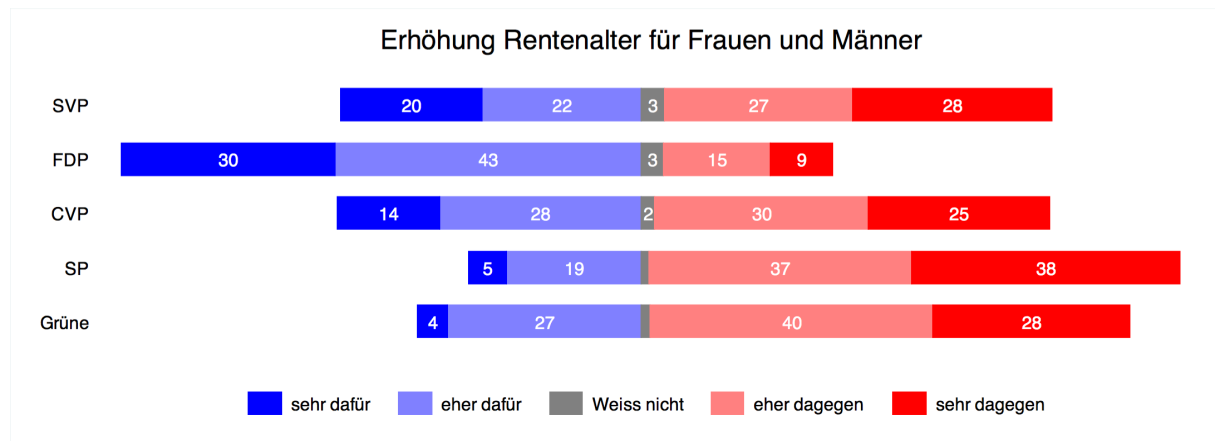
Abbildung 14: Haltung zu Steuern auf hohe Einkommen nach Parteiwahl (n=1'135)



Frage: «Sind Sie für eine Erhöhung der Steuern auf hohe Einkommen oder für eine Verminderung der Steuern auf hohe Einkommen?» Dabei steht der Wert 3 (grau) für eine mittlere, neutrale Position. Weiss-Nicht-Antworten (1.6% aller Antwortenden) wurden in der obigen Abbildung nicht berücksichtigt.

Eine Steuererhöhung auf hohe Einkommen findet bei der SP-Wählerschaft sehr hohe Zustimmungswerte (94%). Aber selbst bei der CVP-Wählerschaft sind solche Steuererhöhungen kein Tabu. Im Gegenteil, eine Mehrheit (66%) spricht sich sehr oder zumindest eher dafür aus. Hier ist jedoch zu bedenken, dass keine *konkrete* Einkommenshöhe genannt wurde, ab welcher eine stärkere Progression erfolgen soll. Es ist bloss von «hohen Einkommen» die Rede. Den Befragten blieb es somit selbst überlassen, diese Einkommensgrenze (für sich) zu definieren. Dabei dürfte die Tendenz dazu bestehen, sein eigenes Einkommen unterhalb dieser Grenze zu lokalisieren. Die Unterschiede zwischen FDP- und SVP-Wählerschaft sind indessen gering. Was trivial klingt, ist keineswegs selbstverständlich. Wie oben gezeigt wurde, ist die Einkommensverteilung zwischen beiden Wählerschaften höchst ungleich: Die FDP ist bei Wählenden mit hohem Einkommen deutlich stärker vertreten als bei den tieferen Einkommenschichten, während bei der SVP in der Tendenz eher das Gegenteil der Fall ist. Trotzdem besteht bei der Aargauer SVP-Wählerschaft nur eine geringe Tendenz dazu, Steuererhöhungen auf hohe Einkommen zu befürworten.

Abbildung 15: Haltung zur Erhöhung des Rentenalters nach Parteiwahl (n=1'150)



Frage: «Sind Sie für oder gegen eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer (z.B. auf 67 Jahre)?»

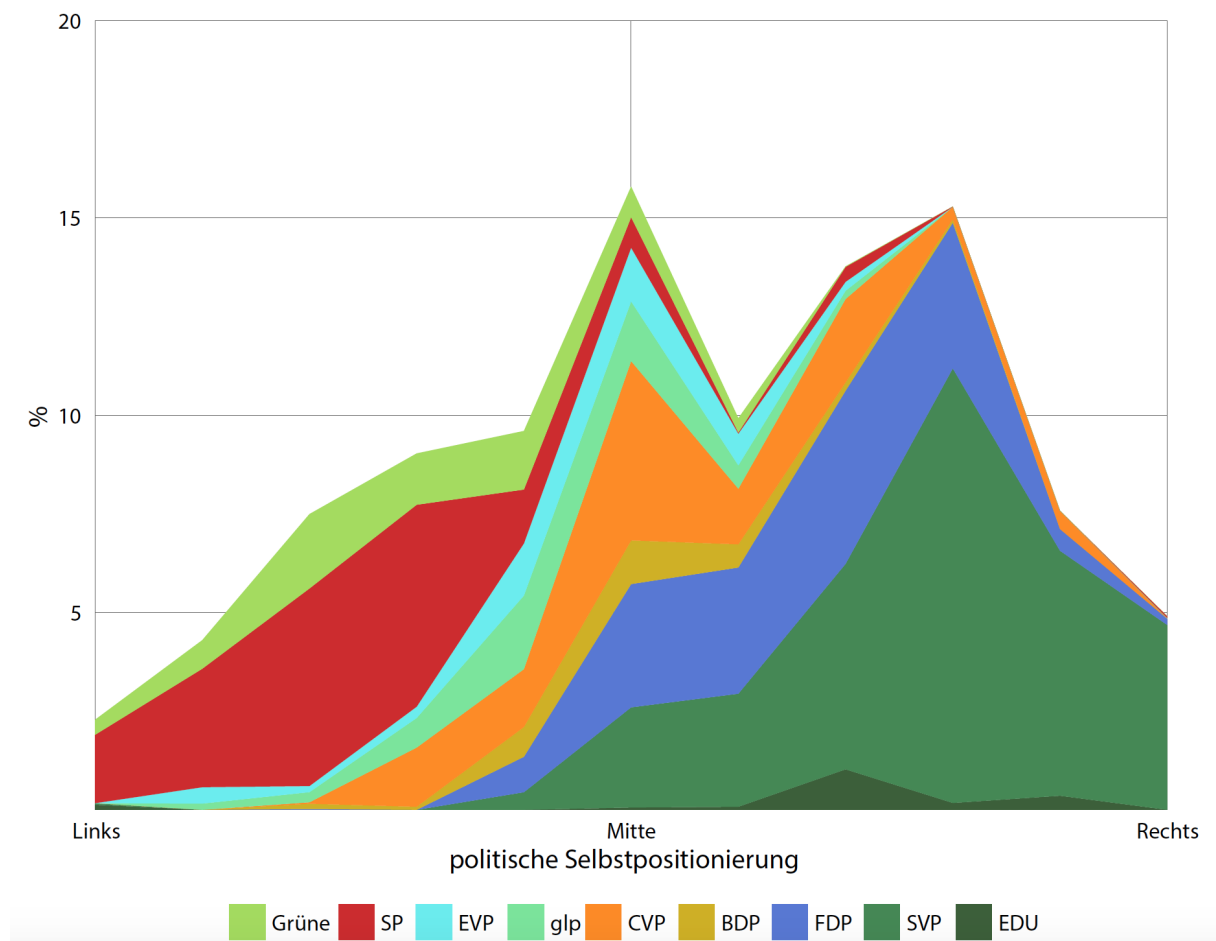
Eine Frage, die im Zuge der Altersreform 2020 bereits jetzt schon kontrovers diskutiert wird, ist die schrittweise Erhöhung des Rentenalters. In der Befragung hatten die Interviewten die Möglichkeit, anzugeben, ob sie für oder gegen eine Erhöhung des Rentenalters für Männer und Frauen (z.B. auf 67 Jahre) sind. Wie die nachfolgende Abbildung zeigt, ist es eine Frage, bei der sich die FDP-Wählerschaft von den restlichen Wählerschaften klar unterscheidet. Unter den Wählenden der FDP ist eine Rentenaltererhöhung fast schon unumstritten (73% Zustimmung), während sie in den restlichen Wählerschaften - und dies schliesst vor allem die SVP-Wählerschaft mit ein - höchst umstritten ist, wenn nicht gar mehrheitlich als inakzeptabel betrachtet wird (Ablehnung bei der SP-Wählerschaft: 75%). Die erheblichen Unterschiede zwischen FDP- und SVP-Wählenden bei dieser sozialpolitischen Fragen liegen nicht an der Altersstruktur¹⁵ innerhalb der jeweiligen Anhängerschaften: Erstens, sind beide Parteien bei den Pensionären und Pensionärinnen anteilmässig stark vertreten und zweitens, bestehen hinsichtlich der Frage der Rentenerhöhung gerade bei den älteren Wählenden kaum Unterschiede zwischen SVP und FDP. Der Unterschied liegt vielmehr darin, dass jüngere Wählende der SVP - und zwar unabhängig von ihrem Einkommen - einer Rentenaltererhöhung klar ablehnender gegenüberstehen als jüngere FDP-Wählende.

15 Interessanterweise verläuft die Zustimmung zur Rentenaltererhöhung nicht etwa monoton linear, sondern U-förmig. Junge befürworten die Rentenaltererhöhung stärker als solche im mittleren Alter und insbesondere stärker als diejenigen, die kurz vor der Pensionierung stehen (50-59-Jährige). Bei den Letzteren ist der Widerstand am stärksten. Mit Erreichen des Pensionsalters steigt die Zustimmung indessen wieder an.

Die Links-Rechts-Einstufung und der Wahlerfolg

Die Links-Rechts-Skala ist eine Art «Super-Dimension», welche die Haltung zu den verschiedensten Sachfragen auf einem Kontinuum zusammenfasst. Gewiss, bei der Links-Rechts-Selbsteinstufung spielen neben den Sachfragenorientierungen auch noch weitere Faktoren eine Rolle (siehe dazu Milic 2008¹⁶). Ein Teil der Wahlberechtigten stuft sich auf dieser Achse beispielsweise anhand der *vermuteten Position ihrer bevorzugten Partei* ein. Wenn also die FDP als eine bürgerliche Partei rechts der Mitte bezeichnet wird, verorten sich solche FDP-Sympathisanten in der Folge genau dort - und zwar unabhängig von ihren konkreten Werthaltungen. Trotzdem spielen Sachfragenorientierungen eine bedeutsame Rolle bei der Selbstpositionierung auf der Links-Rechts-Skala. Betrachtet man die nachfolgende Abbildung, in welcher einerseits die anteilmässige Verteilung der Links-Rechts-Präferenzen aller Wählenden dargestellt ist und andererseits, wo sich die jeweiligen Wählerschaften lokalisieren, so fällt auf, dass die Verteilung nicht uni-, sondern bimodal ist.

Abbildung 16: Parteiwahl und Links-Rechts-Positionierung (n=1'253)



Frage: «In der Politik spricht man oft von «links» und «rechts». Wo würden Sie Ihren politischen Standpunkt auf einer Skala einordnen, bei der 0 links bedeutet und 10 für rechts steht?»

Tatsächlich entspricht dies auch der Links-Rechts-Verteilung in der nationalen SELECTS-Studie zu den eidgenössischen Wahlen 2015 - mit einer, nicht ganz unbedeutenden Ausnahme: Sowohl in der

16 Milic, Thomas (2008). Links, Mitte, Rechts: Worauf gründet die ideologische Selbstidentifikation der Schweizer und Schweizerinnen? SPSR 14(2): 245-285.

SELECTS-Studie wie auch in der Aargauer Nachbefragung bildet die Mitte-Position einen der beiden «Peaks» der zweigipfligen Links-Rechts-Verteilung. Im Aargau kommt der zweite Gipfel jedoch nicht beim Wert 7 (auf einer Links-Rechts-Skala, die von 0 bis 10 reicht), sondern beim Wert 8 zu liegen. Mit anderen Worten: Die Wählenden des Kantons Aargau tendieren stärker nach Rechts als die Gesamtschweiz. Gewiss, aufgrund vergangener Abstimmungs- und Wahlergebnisse war das zu erwarten. Immerhin liefert die Nachbefragung nun auch die empirische Evidenz dazu. Diese - im internationalen Vergleich - etwas ungewöhnliche Zweigipfligkeit der Links-Rechts-Verteilung hat vor allem damit zu tun, dass hier die *Wählenden* (bei den vergangenen Aargauer Wahlen machten sie jedoch bloss *ein Drittel des Elektorats* aus) und nicht das Elektorat die Grundgesamtheit bildeten. Die Links-Rechts-Präferenzen des *Gesamtelektorats* hingegen sind zumeist eingipflig, weil sich das Elektorat zu einem grossen Teil aus Nicht-Wählern zusammensetzt. Diese stufen sich aufgrund ihrer geringeren politischen Involvierung viel öfter exakt in der Mitte ein - eine verdeckte Form der «Weiss nicht»-Antwort («a concealed form of non-response»).

Die Aufschlüsselung der Links-Rechts-Selbsteinstufung nach Wahlentscheid zeigt die Dominanz der Aargauer SVP am rechten Rand des politischen Spektrums. Etwas überraschender dürfte jedoch sein, dass die SVP bis weit ins Mitte-Lager¹⁷ beachtliche Wählerstimmenanteile zu erzielen vermag. Am linken Flügel ist die SP ähnlich dominant wie die SVP rechts - mit dem Unterschied, dass es am linken Rand im Kanton Aargau weitaus weniger Stimmen zu holen gibt als rechts. Die CVP-Wählenden wiederum sehen sich selbst als die paradigmatischen Mitte-Wähler und -Wählerinnen: In der Mitte des politischen Spektrums (Wert 5) holt die CVP anteilmässig gar die zweitmeisten Stimmen (knapp hinter der FDP). Des Weiteren ist aber auch das Spannungsfeld, in welchem sich die aktuelle CVP befindet, an der Links-Rechts-Verteilung ihrer Wählenden abzulesen: Ein nicht unerheblicher Teil von ihnen stuft sich links der Mitte ein, während ein etwa gleich starker Teil sich rechts der Mitte sieht. Eine Sachpolitik zu definieren, die beiden Wählergruppen genehm ist, ist angesichts dieser Verteilung gewiss eine Herausforderung.

Die Verteilung zeigt zudem noch etwas höchst Aufschlussreiches: Die Begriffe «links» und «rechts» werden offenbar nicht mehr - wie einstmalig - primär mit Wirtschaftsideologien verknüpft oder sozialen Fragen, sondern mit gesellschaftspolitischen Haltungen. Wie oben gezeigt wurde, sind die Differenzen zwischen SVP und FDP bei sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen eher gering und zudem steht die FDP-Wählerschaft hier oftmals weiter «rechts» als die SVP. Bei sozialpolitischen Fragen und Abstimmungen - man nehme etwa die Abzockerinitiative - waren sich hingegen SVP- und SP-Wählerschaften gar nicht so fern - zumindest nicht so fern wie etwa bei Migrationsfragen. Worin sich SP-, FDP- und SVP-Wählerschaften auch im Kanton Aargau klar unterscheiden, sind Fragen der Migration, der Aussenpolitik und weitere ausgewählte gesellschaftspolitische Fragen - und genau diese Fragen scheinen auch die Links-Rechts-Positionierung der Wählenden zu bestimmen.

17 Zur Links-Rechts-Selbsteinstufung und ihren Bestimmungsgründen gibt es mittlerweile eine Menge an wissenschaftlicher Literatur. Der hohe Anteil derjenigen, die sich genau in der politischen Mitte einstufen, dürfte dabei gewiss auch Indifferenz oder einer gewissen Ignoranz geschuldet sein. Wer mit dem Termini «links» und «rechts» keine Inhalte zu verbinden vermag, tendiert dazu, sich exakt in der Mitte einzustufen - oder wie Karl Deutsch es formulierte: «a concealed form of non-response».

Eine politische Landkarte für die Wahlen im Kanton Aargau 2016

Die sozialwissenschaftliche Messtheorie geht davon aus, dass man komplexere theoretische Konstrukte wie beispielsweise 'Nationalismus' indirekt mit Hilfe von mehreren inhaltlich zusammengehörigen Stimuli in Form von Einstellungsfragen ergründen kann. Korrekt gebündelt sollen die Antworten auf Einstellungsfragen (üblicherweise auf einer 5-Punkte-Skala mit einer neutralen Mitte) latent vorhandene politische Grundeinstellungen abbilden. Die identifizierten Dimensionen politischer Einstellungen sollen dabei das Elektorat minimal komplex und gleichzeitig maximal differenziert erfassen.

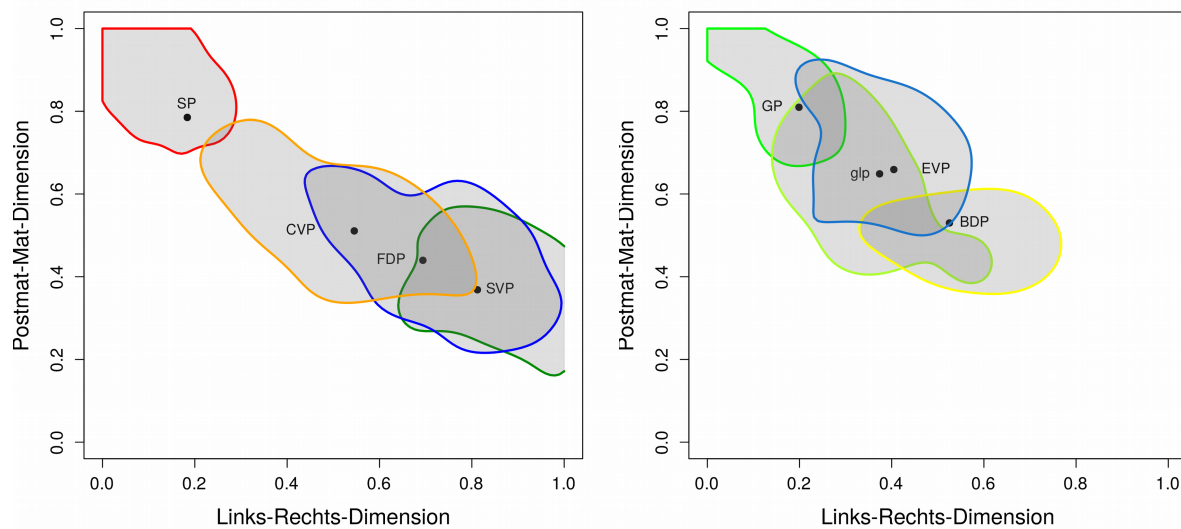
Mit Hilfe von psychometrischen Verfahren (siehe Anhang) haben wir durch Kombination von Einstellungsfragen eine zweidimensionale Abbildung der Wählenden in einem politischen Raum erstellt (siehe Abb. 17). So wird ersichtlich, dass sich die Wählenden nicht nur wie oben auf der Links-Rechts-Dimension (x-Achse) unterscheiden, sondern allenfalls auch hinsichtlich einer weiteren Dimension (oder theoretisch auch mehreren Dimensionen). Mit den uns zur Verfügung stehenden Daten liess sich basierend auf statistischen Verfahren eine zweite Dimension (y-Achse) identifizieren, die inhaltlich Einstellungsfragen zu sozialer Gerechtigkeit und Umweltschutz umfasst. Sie kommt dem am nächsten, was Inglehart¹⁸ als postmaterialistische Werte und Einstellungen bezeichnet. Oder auch dem, was etwas moderner in der Literatur heute oft als die GAL-TAN-Dimension¹⁹ (*green, alternative, liberal versus traditional, authoritarian, nationalist*) bezeichnet wird. Uns stehen jedoch wie erwähnt nicht genügend Einstellungsfragen zur Verfügung, um eine vollständige Skala im Sinne von GAL-TAN erstellen zu können. Dennoch können wir ersehen, dass die zweite Dimension zu einer Unterscheidung von Parteien in der Vertikalen führt. Die zusätzlich eingeführte Achse hilft ergo, Wählende im Kanton Aargau weiter zu differenzieren.

In Abbildung 17 abgetragen sind jeweils in Form von schwarzen Punkten die Mittelwerte auf beiden Achsen für alle Befragten, die angegeben haben, eine Partei gewählt zu haben. Mit einer farbigen Linie eingezeichnet und einer grau unterlegten Fläche hervorgehoben sind zudem die Positionen von jeweils 50% der Wählenden einer Partei rund um den Mittelpunkt herum. Innerhalb der gelb umrahmten grauen Fläche rund um den CVP-Mittelwert herum befindet sich beispielsweise die Hälfte aller CVP-Wählenden. Der besseren Übersicht halber haben wir die vier Regierungsparteien CVP, FDP, SP und SVP sowie die vier Nicht-Regierungsparteien BDP, EVP, GLP und Grüne mit den höchsten Stimmanteilen separat abgebildet.

18 Ronald Inglehart hat an der University of Michigan in den 1970er-Jahren eine Theorie des Wertewandels entwickelt. Verkürzt gesagt sollte mit steigendem Wohlstand in einer Gesellschaft die Verbreitung von postmaterialistischen Werten zunehmen, die von materialistischen Werten abnehmen. Eine Bestätigung in diese Richtung war das Aufkommen von grünen Parteien und neuen sozialen Bewegungen in den 70er-, 80er und 90er-Jahren. Auch wenn sich die Empirie nicht so einseitig in Richtung Postmaterialismus entwickelt hat, wie ursprünglich von Inglehart vorausgesetzt, waren und sind seine Ideen auch für die aktuelle Diskussion, die mehr im Lichte von Globalisierung und deren Verlierern geführt wird, massgebend. Siehe etwa: Inglehart, Ronald (1977) *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton: Princeton University Press.

19 Siehe etwa: Marks, G., L. Hooghe, M. Nelson, and E. Edwards (2006) Party Competition and European Integration in the East and West Different Structure, Same Causality, *Comparative Political Studies* 39 (2): 155–75.

Abbildung 17: Verortung von Wählenden auf einer zweidimensionalen politischen Landkarte für die vier Regierungsparteien (links) sowie vier Nicht-Regierungsparteien (rechts)



Die Mittelwert-Positionen machen inhaltlich Sinn und passen zu den jeweiligen Parteiprogrammen. SP- und Grüne-Wählende befinden sich im linken oberen Quadranten. Sie treten für mehr Umweltschutz sowie soziale Gerechtigkeit ein und vertreten wirtschaftlich linke Positionen. Die SVP sowie Teile der FDP besetzen den Quadranten rechts unten, wo sich Wählerinnen und Wähler treffen, die für einen schlanken Staat und mehr Wirtschaftswachstum eintreten - notfalls auch auf Kosten der Umwelt. Die CVP-Wählenden haben ihr Zentrum leicht rechts von der Mitte, erstrecken sich aber vom Rand der SP bis hin zur Mitte der SVP. Sie decken inhaltlich einen grossen Bereich ab und stellen das Sammelbecken in der Mitte dar. Aber auch die FDP-Wählenden decken inhaltlich ein breites Spektrum zwischen CVP und FDP ab. Die bürgerlichen Parteien dominieren aufgrund ihrer sich relativ nahe stehenden Wählerschaft einerseits die Parteienlandschaft im Kanton Aargau, sie konkurrenzieren sich aber auch.

Bei den kleineren Nicht-Regierungsparteien fällt auf, dass sich Wählende der Grünen von ihren Positionen her auf diesen zwei Dimensionen stark mit der SP überlappen. Während sich GLP- und EVP eher im links-postmaterialistischen Raum ansiedeln lassen, mögen die Positionen der BDP-Wählenden als am stärksten der Mitte Zugeneigte überraschen. Ihre Überlappung ist am stärksten mit der CVP²⁰. Insgesamt müssen wir jedoch bei der Grafik mit den Wählenden von Nicht-Regierungsparteien etwas Vorsicht walten lassen. Die Fallzahlen pro Partei bewegen sich um die 50 Befragte herum. Bei den Regierungsparteien sind wir immerhin im dreistelligen Bereich²¹ und haben somit eine solidere empirische Basis.

Welche sachpolitischen Positionen waren für die Wahl entscheidend?

Die meisten Haltungen zu Sachfragen korrelieren in unterschiedlicher Stärke mit der Parteipräferenz. Aber welche dieser unterschiedlichen Haltungen war für die Wahl entscheidend? Diese Frage lässt sich mit bivariaten Analysen - also Analysen, die den Zusammenhang zwischen lediglich zwei Merk-

20 Dieser Befund trifft auch für die *smartmap* von Kandidierenden auf der Plattform *smartvote* zu. Siehe: smartvote.ch/16_ag_leg/smartmap/candidates.

21 SVP 425, FDP 248, SP 352, CVP 119, Grüne 87, GLP 114, BDP 49, EVP 43.

malen überprüfen - nicht beantworten. Das Problem liegt darin, dass die oben vorgestellten politischen Einstellungen jeweils *untereinander* korrelieren und oftmals auf eine umspannende ideologische Dimension zurückzuführen sind. Wer sich beispielsweise politisch links einstuft, ist oftmals für einen starken Sozialstaat, aber gleichzeitig auch für eine Schweiz ohne Kernenergie, eine stärkere Integration in Europa, etc. Es ist aber nicht davon auszugehen, dass all diese Haltungen gleichermaßen auf die Parteiwahl einwirkten. Gewisse Haltungen werden - möglicherweise auch aktiviert durch eine entsprechende Medienberichterstattung («*priming*») - für den Wahlentscheid wichtiger gewesen sein als andere Sachfragenorientierungen. Von besonderem Interesse ist dabei das Wahlverhalten derjenigen, deren Haltungen keine eindeutige Parteipräferenz vorspüren. Ein Beispiel: Wie haben Wählende entschieden, die in der Sozialpolitik die Linie der SP teilen, in der Migrationspolitik aber der SVP nahe stehen?

Um diese Fragen zu beantworten, haben wir für die sechs wählerstärksten Parteien logistische Regressionsmodelle geschätzt,²² welche die relative Einflussstärke der unterschiedlichen Bestimmungsgründe ausweisen. Diese Modelle enthalten jeweils die oben genannten Issuepositionen. Wir haben darauf verzichtet, auch noch soziodemographische Merkmale mitzuberechnen. Dies deshalb, weil diese Merkmale - wie in der Einleitung erwähnt - psychologisch und zeitlich gesprochen erheblich weiter vom Wahlakt entfernt liegen als die Einstellungen zu Sachfragen. Infolgedessen ist ihr Effekt auf das Wahlverhalten - bei gleichzeitiger Mitberücksichtigung von Sachfragenhaltungen - in aller Regel nicht signifikant. Des Weiteren haben wir die Parteisympathie und die Links-Rechts-Selbsteinstufung ebenfalls unberücksichtigt gelassen. Anders als bei den soziodemographischen Merkmalen liegt das Problem hier aber darin, dass diese beiden Merkmale *viel zu nahe* am Wahlakt liegen - so nahe, dass man beinahe schon von einer Tautologie²³ sprechen müsste, würde man etwa den Wahlentscheid mit der Parteisympathie erklären wollen. Das ist daran erkennbar, dass die Parteisympathie den Wahlentscheid beinahe schon determiniert. Bloss: Was hat man damit *erklärt*, wenn man einen starken Zusammenhang zwischen Parteiidentifikation und Parteiwahl offenbart? Wenig bis gar nichts. Deshalb haben wir sowohl die Parteisympathie als auch die Links-Rechts-Selbsteinstufung vorderhand unberücksichtigt gelassen.

Die nachfolgende Abbildung zeigt die Effektstärken (gemessen in *Odds Ratios*)²⁴ von sachpolitischen Positionen auf den Wahlentscheid. Odds Ratios von Eins (markiert durch eine rote Linie) weisen dar-

22 Schätzt man jeweils gesonderte logistische Regressionsmodelle für den Wahlentscheid, so erklärt man, welche Faktoren für die Wahl der jeweiligen Partei im Vergleich zu *allen anderen* Parteien entscheidend waren. In gewisser Weise wird bei einer solchen Vorgehensweise nach den Alleinstellungsmerkmalen der jeweiligen Partei gesucht. In der Realität dürfte die Entscheidungsfindung bei Wahlen aber ein *zweistufiger* Prozess sein (siehe dazu die Literatur zu *choice set models*): Zunächst grenzt man die Wahl auf eine geringe Anzahl grundsätzlich wählbarer Parteien ein und entscheidet in einem zweiten Schritt, welcher dieser Parteien man die Stimme geben will. Ein Beispiel: Ein Wähler, der sich links einstuft, wird sein *choice set* in einem ersten Schritt beispielsweise auf linke Parteien eingrenzen und abschliessend eine Wahl zwischen SP, Grüne und allenfalls einer weiteren linken Partei treffen. Die Gründe, weshalb ein solcher Wähler seine Wahl zunächst auf linke Parteien beschränkt, sind aber oftmals nicht dieselben wie diejenigen, die auf der *zweiten Stufe* den Ausschlag geben. Beispielsweise könnte es sein, dass auf der ersten Stufe migrationspolitische Haltungen entscheidend waren (linke Parteien versus. rechte Parteien), auf der zweiten Stufe aber umweltpolitische (Grüne versus. SP). Unsere Vorgehensweise nimmt keine Differenzierung vor und ist demnach «unterkomplex». Weil die Resultate der Analyse aber auch einem wissenschaftlich interessierten Laienpublikum zugänglich sein sollen, haben wir auf die höchst komplexe Schätzung von *choice set models* oder multinomialen Logit-Modellen verzichtet.

23 Die Kritik an solchen Modellen besteht vor allem darin, dass die Parteiidentifikation im europäischen Kontext keine eigenständige Einflussgrösse ist und demnach keinen analytischen Mehrwert generiert (siehe dazu Milic, Thomas et al. 2014. Handbuch der Abstimmungsforschung. Verlag Neue Zürcher Zeitung, Seiten 202f.).

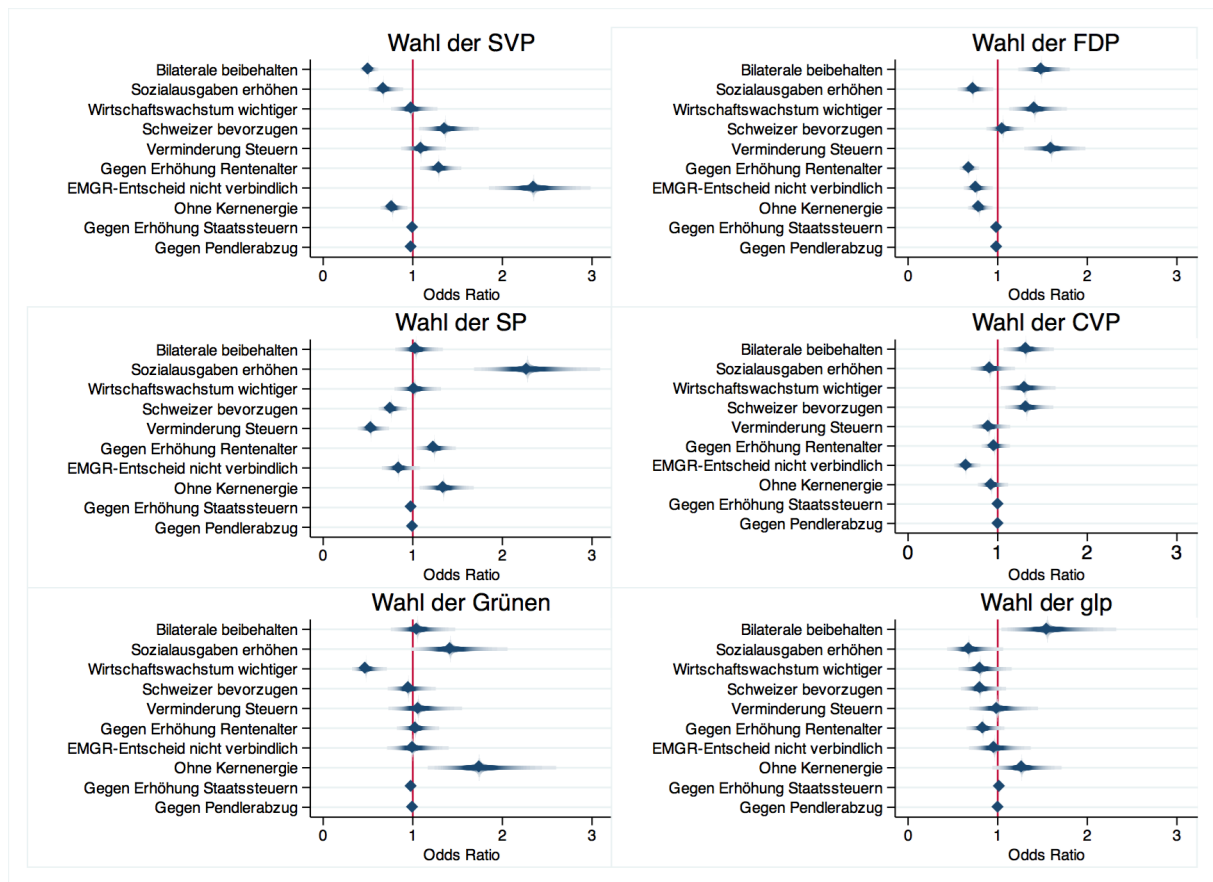
auf hin, dass diese Sachfragenorientierung *keinen* Einfluss auf den Wahlentscheid hatte. Das wiederum bedeutet nicht, dass die Wählerschaften zur entsprechenden Issue-Haltung keine dezidierte Haltung hatten. Es bedeutet lediglich, dass diese Sachfrage für den Wahlentscheid keine bedeutsame Rolle spielte. Odds Ratios höher als Eins zeigen hingegen an, dass sich die in der Abbildung angegebene Position *positiv* auf den Wahlentscheid auswirkte. Odds Ratios *geringer als Eins* zeigen indessen an, dass sich die angegebene Position *negativ* auf den Wahlentscheid auswirkte. Als Lesebeispiel dazu diene die Beibehaltung der Bilateralen: Zunächst bildet diese Position *einen der beiden Pole* zur Frage, ob man für eine Zuwanderungsbeschränkung oder für die Beibehaltung der Bilateralen ist. Den anderen, entgegengesetzten Pol bildet bei dieser Frage die Zuwanderungsbeschränkung. Wie wirkte sich nun diese Sachfragenorientierung auf den Wahlentscheid aus? Das Festhalten an den Bilateralen wirkte sich beispielsweise *positiv auf den FDP-*, hingegen *negativ auf den SVP-Entscheid* aus (siehe Abbildung 18). Mit anderen Worten: Wer die Beibehaltung der Bilateralen einer Zuwanderungsbeschränkung vorzieht, hatte eine vergleichsweise hohe Wahrscheinlichkeit, die FDP zu wählen. Bei den SVP-Wählern und Wählerinnen verhält es sich hingegen genau umgekehrt: Die Wahrscheinlichkeit eines SVP-Entscheids verringert sich für die Bilateralen-Befürworterschaft signifikant, während sich (logischerweise) gleichzeitig die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit für solche, die für eine Zuwanderungsbeschränkung sind, *erheblich erhöht*.

Für den SVP-Wahlentscheid waren primär Fragen der (kollektiven oder kulturellen) Identität von Bedeutung: Die Chancen eines SVP-Wahlentscheids verdoppeln sich beispielsweise für Wähler und Wählerinnen, die die Volkssouveränität über dem Völkerrecht stellen und verringern sich erheblich für solche, welche die Bilateralen beibehalten wollen. Auch die Haltung zur ausländischen Wohnbevölkerung war ein treibender Faktor bei der SVP-Wahl. Das sind keine sensationellen, neuen Befunde. Immerhin zeigt die Analyse aber, dass die SVP Aargau bei der Frage «Volkssouveränität vs. Völkerrecht» ihre Wählerschaft geschlossen hinter sich hat - und dies in einem Ausmass, welches selbst bei Migrations- und Integrationsfragen nicht selbstverständlich ist. Andere Sachfragenorientierungen spielten bei der SVP zwar eine geringere, aber nicht unbedeutende Rolle: Wer Sozialausgaben reduzieren möchte, für die Kernenergie einsteht und das Rentenalter nicht erhöhen will, tendierte bei den letzten Wahlen zur SVP.

Bei der FDP waren wirtschaftliche Positionen entscheidend: Steuersenkungen, wirtschaftliches Wachstum und geringere Sozialausgaben machten eine FDP-Wahl wahrscheinlich(er). Hinzu kommt auch ein Bekenntnis zu den Bilateralen, welches bei der FDP voraussichtlich ebenfalls aus ökonomischen und weniger aus identitären Gründen resultiert. Was die FDP-Wählerschaft von allen anderen Wählerschaften - und vor allem von der SVP-Wählerschaft - am stärksten unterscheidet, ist jedoch die Zustimmung zu einer Rentenaltererhöhung.

24 Odds - auf Deutsch zuweilen mit Gewinnchancen übersetzt - geben das Verhältnis zwischen der Häufigkeit des Eintretens eines bestimmten Ereignisses (zum Beispiel: die Teilnahme an den Wahlen oder die Wahl einer bestimmten Partei) und der Häufigkeit des Nicht-Eintretens dieses Ereignisses. Die Odds Ratio zwischen Merkmalsgruppen wiederum gibt das Verhältnis zwischen den Odds einer Gruppe (beispielsweise Männer) und den Odds einer anderen Vergleichsgruppe (beispielsweise Frauen) an.

Abbildung 18: Entscheidungsfaktoren der Parteiwahl



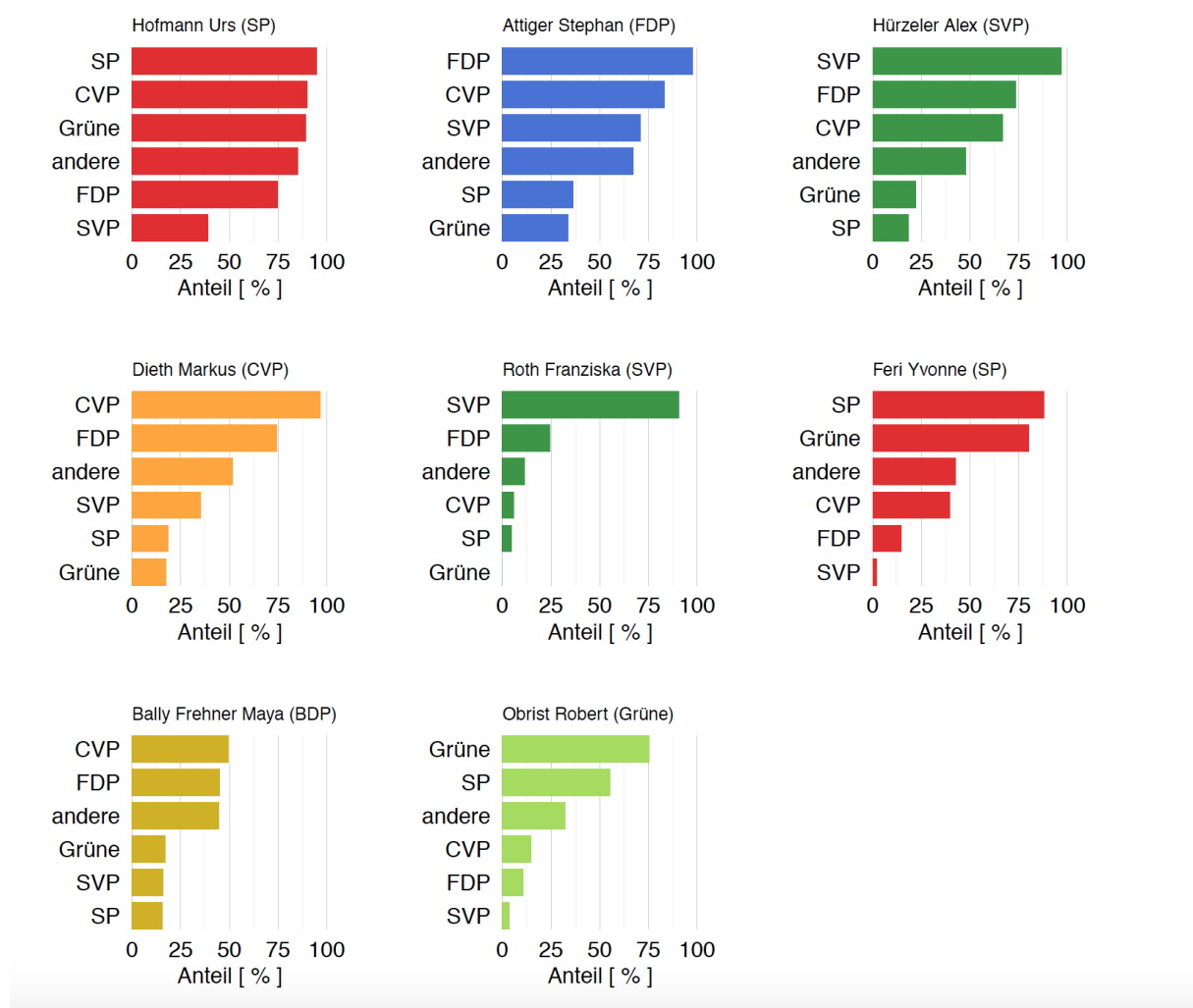
Auch bei der SP sind es ökonomische, sodann aber auch sozialpolitische Orientierungen, die den Ausschlag gaben: Eine Erhöhung der Sozialausgaben und der Steuern für hohe Einkommen waren die Haupttreiber der SP-Wahl. Vor allem diejenigen, welche die Aargauer Sozialausgaben erhöhen möchten, wählten vornehmlich die SP-Liste.

Bei den Grünen-Wählerschaft besteht das Alleinstellungsmerkmal hingegen in der Ablehnung der Kernenergie und dem Vorrang des Umweltschutzes gegenüber dem Wirtschaftswachstum. Die Wahrscheinlichkeit einer CVP-Wahl schliesslich erhöht sich mit der Unterstützung der Bilateralen, dem Vorzug des Wirtschaftswachstums gegenüber dem Umweltschutz und der Bevorzugung von Schweizern und Schweizerinnen gegenüber AusländerInnen.

Die Regierungsratswahlen

Zum ersten Wahlgang traten nicht weniger als vierzehn Kandidaten/Kandidatinnen an. Das breite Kandidatenfeld bot im Vergleich zu vorangegangenen Wahlen auch den Anhängerschaften kleinerer Parteien die Möglichkeit, eine eigene Kandidatur zu unterstützen, erschwerte jedoch strategische Kalküle. Immerhin fiel es der Aargauer Wählerschaft heuer offenbar leichter, ihre Stimmkraft (fünf Stimmen für fünf Regierungssitze) auszuschöpfen. Im Schnitt schrieben sie 4.29 Kandidatennamen auf ihren Wahlzettel.²⁵ Das ist mehr als bei den vergangenen fünf Gesamterneuerungswahlen und ist ohne Frage der hohen Kandidatenanzahl geschuldet.²⁶

Abbildung 19: Anteil Kandidatenstimmen nach Parteipräferenz (n=1'140)



Wer gab wem seine Stimme? Nachfolgende Abbildung 19 zeigt den Anteil Stimmen, welche die acht aussichtsreichsten Kandidaturen von den verschiedenen Parteiwählerschaften erhielten. Die drei Amtsinhaber konnten dabei auf Stimmen aus (fast) allen Lagern zählen. Urs Hofmann (SP) erzielte das bes-

25 Dieser Wert errechnet sich aus der Anzahl gültiger Stimmen (566'860) dividiert durch die Anzahl in Betracht fallender Wahlzettel (132'057).

26 Wäre bei einer geringeren Kandidatenzahl ein zweiter Wahlgang nötig gewesen? Diese Frage ist nur schwer zu beantworten. Bei den Wahlen 2000 traten beispielsweise acht Kandidaten an und die Ausschöpfungsquote betrug bloss etwa 4.0 Kandidatennamen pro Wahlzettel. Aber auch bei einer solchen Ausschöpfungsquote wäre das absolute Mehr (rund 53'000 Stimmen) noch über dem Resultat der fünftplatzierten Franziska Roth (rund 48'000 Stimmen) gelegen.

te Resultat, was unter anderem auch daran lag, dass ihm eine klare Mehrheit der FDP- und rund ein Drittel der SVP-Wählerschaft die Stimme gaben. Auch Stefan Attiger (FDP) und Alex Hürzeler (SVP) gelang es, Stimmen bis ins linke Lager zu holen.

Unter den neu Kandidierenden schnitt Markus Dieth (CVP) am besten ab. Dank einer breiten Unterstützung insbesondere aus dem Mitte-Lager erzielte er bereits im ersten Wahlgang das absolute Mehr. Auffallend ist zudem, dass Markus Dieth auch bei katholischen Wählern und Wählerinnen, die *heuer jedoch nicht CVP* wählten, ausserordentlich gut abschnitt.²⁷

Franziska Roth (SVP) konnte auf die SVP-Stammwählerschaft zählen. Etwa neun von zehn SVP-Wählenden unterstützten sie im ersten Wahlgang. Zudem stand ihr Name auf dem Wahlzettel von rund einem Viertel der FDP-Wählerschaft. Darüber hinaus erzielte sie jedoch kaum noch weitere Stimmen. Angesichts der Wählerstärke der SVP war auch nicht mehr nötig, um hinter Dieth auf den fünften Platz zu gelangen. Auffallend ist indessen der multivariate Befund, wonach Roth bei Frauen generell schlechter abschnitt als bei Männern. Das gilt zudem auch für die SVP-Wählerschaft im Speziellen: Bei SVP-Wählern schnitt Roth um geschätzte zehn Prozentpunkte besser ab als bei SVP-Wählerinnen. Gleichzeitig erzielte Maya Bally bei den SVP-Wählerinnen ein besseres Resultat als bei SVP-Wählern - und auch hier betrug die Differenz rund zehn Prozentpunkte.

Yvonne Feri (SP) war im linken Lager ebenso wenig umstritten wie Roth im rechtskonservativen Lager. Bei den Mitte-Parteien CVP, GLP und BDP erzielte sie mit rund 40 Prozent Stimmenanteilen zudem ein achtbares Resultat. Aber angesichts der geringen Wählerstärke dieser Parteien reichte dies nicht, um an Roth vorbeizuziehen. Hinzu kommt, dass Feri gemäss unserer Modellschätzung nicht von einem Frauenbonus im bürgerlichen Lager profitieren konnte: Das Geschlecht war für die Wahl Feris am Ende nicht entscheidend.

Maya Bally (BDP) war angesichts der Wählerstärke ihrer Hausmacht (BDP) von vornherein auf die Unterstützung weiterer Wählerschaften angewiesen. Die Hoffnung der Bally-UnterstützerInnen ruhten dabei vor allem auf den Wählerschaften der anderen Mitte-Parteien. In der Tat erzielte sie dort auch vergleichsweise hohe Stimmenanteile von gegen 50 Prozent. Es hätte allerdings eines noch besseren Abschneidens bedurft, um sich vor die beiden Hauptkonkurrentinnen Roth und Feri zu setzen.

Die Wahlgründe

Allgemein

Die Befragten konnten die Gründe für ihren Wahlentscheid angeben. Bei den meisten Kandidierenden²⁸ - allen voran bei den drei Amtsinhabern - wurde die Persönlichkeit am häufigsten genannt. Ausnahmen davon bildeten die Neukandidierenden Robert Obrist (Grüne) und Franziska Roth (SVP). Ihre Parteizugehörigkeit war den Wählenden wichtiger als ihre Persönlichkeit. Bei der ebenfalls neu kandidierenden Yvonne Feri (SP) wurden beide Eigenschaften gleich häufig genannt. Insgesamt überrascht dieser Befund - die hohe Bedeutung der Parteizugehörigkeit vor allem bei den neu Kandidierenden - wenig: Denn die Parteizugehörigkeit dient vielen Wählern und Wählerinnen als Entscheidungshilfe, vor al-

27 Dieser Befund ergibt sich aus einer multivariaten Analyse der Entscheidungsgründe für Markus Dieth.

28 Auch bei dieser Analyse bilden die acht aussichtsreichen Kandidierenden die Gesamtheit. Die weiteren Kandidierenden wurden - vor allem wegen der tiefen Fallzahl - nicht mehr weiter untersucht.

lem dann, wenn ihnen weitere Informationen über die Kandidierenden fehlen. Neukandidierende sind in der Regel weniger bekannt als Amtsinhaber. Ihr «Kapital» ist demnach - anders als bei Amtsinhabern und Amtsinhaberinnen - nicht die Amtsführung in der vergangenen Legislaturperiode und damit einhergehend auch die Prominenz, die sie sich in dieser Zeit erworben haben, sondern in erster Linie die Wählerstärke der sie portierenden Partei (Milic 2015). Deshalb kann es auch nicht verwundern, dass die Persönlichkeit bei Amtsinhabern und Amtsinhaberinnen häufiger als Wahlgrund genannt wird, während die Parteizugehörigkeit bei Neukandidierenden wichtiger ist. Weiter sind die Wahlmotive auch vom ideologischen Profil des Kandidaten abhängig. Je weiter aussen im politischen Spektrum die Kandidatur positioniert ist (bzw. von den Wählenden wahrgenommen wird) und zwar unabhängig davon, ob links oder rechts, desto wichtiger wird die Parteizugehörigkeit bzw. das politische Profil.

Zu den einzelnen Gründen

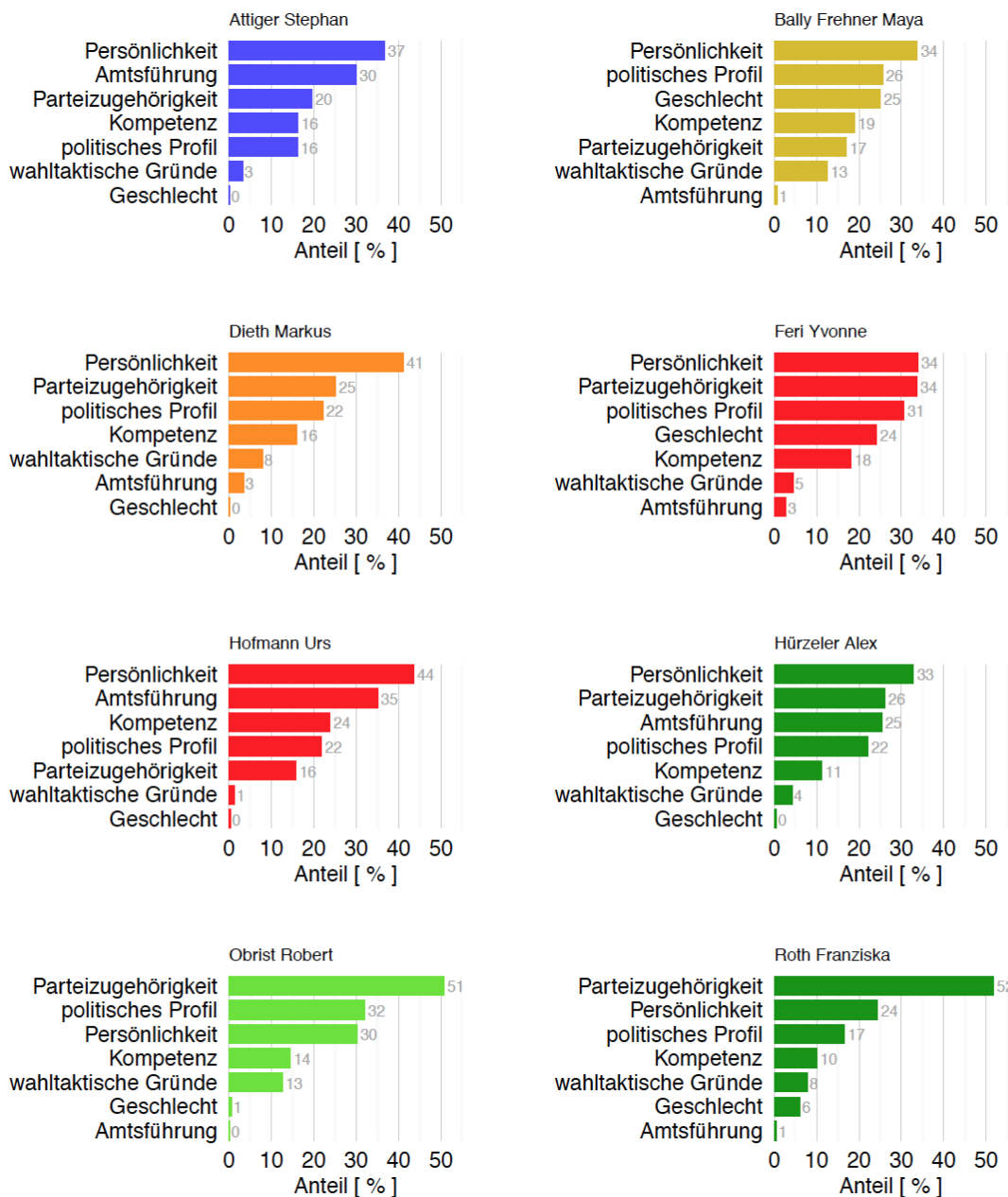
Die Parteizugehörigkeit spielte bei allen Kandidaturen eine bedeutsame Rolle - bei einigen allerdings mehr als bei anderen. Einen hohen Stellenwert hatte die Parteizugehörigkeit bei der Wahl von Franziska Roth und Robert Obrist: Die Nennungshäufigkeit beträgt mehr als 50 Prozent. Dabei waren es nicht zwingend die eigenen Wählerschaften, die einen besonderen Wert auf die Parteizugehörigkeit des Kandidaten legten: So gaben etwa 50 Prozent der FDP-Wähler, die Roth auf ihren Wahlzettel schrieben, an, die Parteizugehörigkeit sei einer der wichtigsten Gründe für diese Wahl gewesen. Bei den SVP-Wähler und Wählerinnen betrug dieser Anteil 54 Prozent. Bei Yvonne Feri wiederum betrug der Anteil derer, die die Parteizugehörigkeit als zentrales Wahlmerkmal angaben, 46 Prozent. Bei ihr war es - anders als bei Roth - auch die *eigene* Wählerschaft, welche die Parteizugehörigkeit klar am häufigsten angab. Kurz zusammengefasst: Franziska Roth wurde von Nicht-SVP-Wählenden gewählt, um die SVP in der Regierung zu stärken (siehe dazu auch die Literatur zu «*directional voting*»), während Feris Parteizugehörigkeit bei Nicht-SP-Wählenden eher ein Hinderungsgrund war.

Erheblich seltener wurde die Parteizugehörigkeit bei den drei Amtsinhabern genannt, was im Prinzip auch zu erwarten war. Denn alle drei Amtsinhaber erzielten Stimmenanteile, die weit über den Wähleranteilen ihrer jeweiligen Parteien liegen. Deshalb setzen sich ihre Wählerschaften parteipolitisch notwendigerweise auch viel heterogener zusammen als bei den Neukandidierenden. Auch bei Maya Bally (BDP), einer erstmals Kandidierenden, wurde die Parteizugehörigkeit selten genannt. Das liegt einerseits daran, dass ihre Hausmacht - die BDP - eine Kleinpartei ist und andererseits (wohl) daran, dass sie vielfach als Kandidatin der Mitte und nicht als Kandidatin der BDP wahrgenommen wurde. Darauf deuten zumindest die sehr hohen Anteilswerte beim politischen Profil hin, die Maya Bally bei ihren Wählenden erzielte.

Die Persönlichkeit sollte bei *Personenwahlen* nicht nur von Bedeutung sein, sondern im Prinzip das Hauptwahlmerkmal darstellen. Und so war es auch. Bei den meisten Kandidaturen wurde die Persönlichkeit am häufigsten genannt. Den Spitzenwert erzielte Urs Hofmann (44 Prozent) vor Markus Dieth (41%), den tiefsten Wert Franziska Roth (24%). Bei der Kompetenz und dem politischen Profil sind die Unterschiede zwischen den Kandidaturen nicht sonderlich gross. Dem Bestplatzierten Urs Hofmann wurde die Kompetenz von rund einem Viertel (24%) seiner Wählerschaft als zentraler Wahlgrund genannt, bei Maya Bally von 19 Prozent - der zweithöchste Wert insgesamt.²⁹

29 Wir möchten dabei darauf hinweisen, dass die soeben genannten Kompetenzwerte von 24 und 19 Prozent nicht etwa bedeuten, dass bloss dieser Anteil von Wählenden den jeweiligen Kandidaturen Kompetenz zuschreibt. Dieser Wert bedeutet vielmehr, dass 24 bzw. 19 Prozent der jeweiligen Wählerschaften die Kompetenz der Kandidatur als einer der zentralen Wahlgründe angaben.

Abbildung 20: Profil der Wahlgründe (n=1'140)



Strategische Überlegungen spielen bei einem derart breiten Kandidatenfeld auch eine Rolle. Strategisch zu wählen bedeutet, entgegen seinen Überzeugungen bzw. Präferenzen zu wählen - zumeist um eine andere Kandidatur, die man für das grössere Übel erachtet, zu verhindern.³⁰ In der Tat wurden solche taktischen Kalküle bei fast allen Kandidaten genannt. Bei Robert Obrist und Maya Bally wurden sie am häufigsten genannt: Je 13 Prozent bekannten, die jeweilige Kandidatur (auch bzw. nur) aus taktischen Gründen gewählt zu haben. Die strategischen Unterstützer und Unterstützerinnen von Maya

30 Die Befragten konnten jeweils mehrere Wahlgründe angeben. Bei strategisch Wählenden würde man nun erwarten, dass sie *ausschliesslich* dieses Motiv angeben. Denn wer strategisch wählt, hat keine Präferenzen für diesen Kandidaten, sondern wählt ihn primär, um einen anderen Kandidaten zu verhindern (oder die Hürde für das absolute Mehr zu erhöhen, etc.). Tatsächlich wurde dieses spezifische Motiv in der Umfrage auch vergleichsweise selten mit anderen Motiven zusammen angegeben.

Bally kamen dabei primär aus den Reihen der SVP und FDP, bei Robert Obrist hingegen von der SP-Wählerschaft. Auch Markus Dieth wurde vergleichsweise häufig (8%) aus strategischen Gründen die Stimme gegeben. Diese Stimmen kamen zumeist aus den Reihen der SVP.

Das Geschlecht spielte bei den männlichen Kandidaten so gut wie keine Rolle. Bei zwei der drei Kandidatinnen jedoch war es ein sehr bedeutsamer Faktor: Für jeweils rund einen Viertel der Wählenden von Bally und Feri war deren Geschlecht einer der massgeblichen Wahlgründe. Verblüffend ist allerdings, dass die Nennhäufigkeit wiederum kaum vom Geschlecht *der Wählenden* abhängig war. Mit anderen Worten: Frauen und Männer gaben das Geschlecht bei beiden Kandidatinnen etwa gleich häufig als Wahlgrund an. Bestätigt wird dies auch durch einen multivariaten Test der Wahldeterminanten von Bally und Feri. Bei keiner der beiden Kandidatinnen war das Geschlecht ein signifikanter Bestimmungsgrund für den Wahlentscheid. Mit anderen Worten: Keiner der beiden konnte ausserhalb der eigenen Parteiwählerschaft auf überdurchschnittlich viele Stimmen von Frauen zählen. Hingegen unterscheidet sich die Häufigkeit, mit der das Geschlecht als zentraler Wahlgrund genannt wurde, nach Parteipräferenz: CVP-Wählende, die Yvonne Feri unterstützten, taten dies besonders häufig, um einer Frau das Aargauer Regierungsmandat zu ermöglichen. Bei Maya Bally waren es hingegen vor allem Grüne, die dieses Motiv angaben. Für die Wahl von Franziska Roth war das Geschlecht hingegen kaum von Bedeutung. Lediglich acht Prozent ihrer Wählenden gaben es als wichtiges Motiv an, was deutlich weniger ist als bei Feri und Bally.

Anhang

Zu den Daten

Die Befragung zu den Aargauer Grossrats- und Regierungsratswahlen 2016 wurde zwischen dem 21. Oktober und dem 24. Oktober 2016 von Sotomo auf der Internetseite der Aargauer Zeitung AZ durchgeführt. Hinzu kamen Befragte aus dem Datenstamm von Sotomo. Insgesamt beteiligten sich 1'544 Befragte mit Stimmberechtigung im Kanton Aargau, wovon der grösste Teil angab, an der Wahl teilgenommen zu haben. Nicht allen Befragten wurden dabei sämtliche Fragen gestellt, weshalb die Fallzahl von Frage zu Frage variiert.

Zur Gewichtung

Bei der Befragung handelt es sich um eine selbstrekrutierte Befragung. Der Unterschied zu Zufallsauswahlen besteht dabei nicht im "Mitmach"-Faktor, wie ab und an fälschlicherweise kolportiert wird. Jede (freiwillige) Befragung ist darauf angewiesen, dass "mitgemacht" wird. Der Unterschied besteht vielmehr darin, dass bei einer (echten) Zufallsauswahl ein systematischer Auswahlplan vorliegt, sich die potentiellen Befragungsteilnehmer demnach nicht selbst rekrutieren, sondern vom Befragenden aufgrund eines Zufallsverfahren ausgewählt werden. Eine Selbstrekrutierung hat deshalb fast zwangsläufig Verzerrungen zur Folge. Die Verzerrung beim Wahlentscheid fiel in der vorliegenden Stichprobe zwar vergleichsweise gering aus (vgl. Tabelle 1), aber sie deutet offenkundig darauf hin, dass sich gewisse Wählerschaften häufiger an der Umfrage beteiligten als andere. Um die Verzerrungen der Stichprobe³¹ zu korrigieren, wurde für die vorliegende Auswertung eine Gewichtung vorgenommen. Bei dieser handelt es sich um eine iterative Randsummenkalibrierung (*Iterative Proportional Fitting*, "Raking"), bei welcher der (Poststratifikations-)Prozess so lange wiederholt wird, bis in der Stichprobe eine Anpassung auf in der Grundgesamtheit bekannte Häufigkeiten vorliegt. Die Hilfsvariablen (Gewichtungskriterien) bildeten einerseits die amtlichen Ergebnisse zu den Aargauer Grossratswahlen 2016 (Parteistärken, Stimmenanteile der Regierungsratskandidaten und –kandidatinnen sowie die Teilnahmequoten in den Wahlkreisen) und andererseits die amtlichen Beteiligungsstatistiken der Grossratswahlen 2012 (nach Geschlecht, Alter, Konfession und Zivilstand).³² Die Verwendung der Beteiligungszahlen der *letztmaligen* Grossratswahlen geht dabei von der Modellannahme aus, dass die Beteiligungsquoten innerhalb der oben genannten Merkmalsgruppen zwischen 2012 und 2016 im Grossen und Ganzen stabil geblieben sind. Diese Annahme kann – vorderhand³³ – nicht überprüft werden. Indes, der Umstand, dass die Beteiligung vor vier Jahren (2012: 31.9%) beinahe identisch ausfiel wie 2016 (32.8%), lässt vermuten, dass die Annahme weitestgehend zutrifft.

Inwieweit vermag die Gewichtung die Verzerrungen bei den politischen Präferenzen zu korrigieren? Es macht offensichtlich wenig Sinn, die nach den *aktuellen Ergebnissen* gewichteten Schätzungen der Wahlabsichten mit dem effektiven Wahlergebnis zu vergleichen. Selbstverständlich gibt es so gut wie keine Differenzen, weil die aktuellen Wahlresultate eines der Kalibrierungskriterien bildete. Um die

31 Mittlerweile werden so gut wie alle Stichproben gewichtet, da auch bei einer Zufallsauswahl aufgrund der hohen Verweigerungsquoten Verzerrungen erfolgen.

32 Für die Statistik der Wahlbeteiligung lagen Daten aus 59 Gemeinden vor: https://www.ag.ch/de/dfr/statistik/bestellen/statistikthemen/politik_2/politik.jsp#

33 Im Verlauf des Jahres 2017 wird das statistische Amt des Kantons Aargau diese Zahlen publizieren.

Leistungsfähigkeit der Gewichtung zu testen, sind wir deshalb wie folgt vorgegangen: Wir haben die Daten einzig nach Parametern gewichtet, die schon vor der Wahl bekannt waren.³⁴ Dazu gehören zum einen die oben genannten soziodemographischen Merkmale, zum anderen aber auch die Rückerinnerungsfrage³⁵ zum Wahlentscheid bei den Nationalratswahlen 2015. Wie gesagt, diese Testgewichtung enthält keine aktuellen Wahlergebnisse, weshalb man den Gewichtungserfolg an der Differenz zum aktuellen Wahlergebnis ablesen kann. Mit dieser Gewichtung gelangt man zu (politisch) repräsentativen Stichprobenergebnissen (siehe nachfolgende Tabelle 1): Die gewichtete Parteistärke der SP entspricht exakt dem Ergebnis an der Urne, diejenigen der CVP und der FDP weichen bloss um 0.1 bzw. 0.3 Prozentpunkte ab. Die GLP wird in der gewichteten Stichprobe um 0.8 Prozentpunkte überschätzt, die Grünen um 1.5 Prozentpunkte unterschätzt. Diese Ergebnisse weichen allesamt nur höchst geringfügig vom Wahlergebnis 2016 ab. Bei der SVP beträgt die Differenz -2.8 Prozentpunkte, was aber immer noch innerhalb des Stichprobenfehlers (95%-Konfidenzintervall) einer Zufallsstichprobe mit einem Sampleumfang von 1'000 liegen würde.

Tabelle 3: Effektive Parteistärken, ungewichtete und gewichtete Parteistärken und die Differenz zum effektiven Resultat

	SVP	FDP	SP	CVP	Grüne	GLP	Andere	Total
effektiv	31.9	16.0	18.9	12.1	7.1	5.3	8.7	100
ungewichtet	28.6	16.7	23.7	8.0	5.9	7.7	9.4	100
Differenz	-3.3	+0.7	+4.8	-4.1	-1.2	+2.4	+0.7	
Testgewichtung*	29.1	15.7	18.9	12.2	5.6	6.1	12.4	100
Differenz	-2.8	-0.3	0.0	+0.1	-1.5	+0.8	+3.7	

* Diese Gewichtung wurde einzig zu Testzwecken erstellt. In der Analyse wurde selbstredend nach dem aktuellen Wahlentscheid gewichtet. Wie gesagt, macht es wenig Sinn, diese Differenzen auszuweisen, denn sie betragen notwendigerweise 0 bzw. liegen nahe bei 0.

34 Um überprüfen zu können, wie effizient eine Nonresponsekorrektur war, können zu Vergleichszwecken nur solche Variablen verwendet werden, deren Verteilung in der Grundgesamtheit auch bekannt ist.

35 «Wie haben Sie bei den Nationalratswahlen 2015 gewählt?»

Zur politischen Landkarte 'Aargau 2016'

In den meisten Demokratien westlicher Prägung finden wir aufgrund eines fast überall mehr oder weniger stark ausgebauten Wohlfahrtsstaates eine Links-Rechts-Achse vor, wobei *Links* für mehr Umverteilung und staatliche Intervention steht, *Rechts* für mehr Eigenverantwortung und weniger Staat. Als zweite Dimension des politischen Raums werden oft Varianten eines Kontinuums von gesellschaftlicher Offenheit (grüne, alternative, libertäre oder auch postmaterialistische Werte) respektive Geschlossenheit ermittelt (traditionelle, autoritäre und nationalistische oder auch materialistische Werte).

Mit den uns zur Verfügung stehenden Einstellungsfragen auf einer 5-er Skala haben wir mit gewissen Einschränkungen zu leben: die Anzahl der geeigneten Fragen ist klein und die Fallzahlen sind für die kleineren Parteien oft relativ gering. Dennoch war es möglich, zwei sich voneinander unterscheidende Dimensionen zu identifizieren (siehe Tab. 2). Die erste entspricht ökonomischen Grundhaltungen der Wählenden und beinhaltet neben der klassischen Selbsteinschätzung auf einer Links-Rechts-Achse und der Frage nach der Höhe von Sozialausgaben des Kantons auch die Einstellung zur Atomenergie. Dass die Frage über die Einstellung zur Atomenergie gleichläufig wie die klassischen sozialwirtschaftlichen Fragen beantwortet wurde, mag eine Besonderheit des Kantons Aargau darstellen. Die technischen Werte für diese Skala entsprechen den gängigen Qualitätskriterien. Die zweite Dimension umfasst Aussagen zu klassisch postmaterialistischen Werten wie Gerechtigkeit und Umweltschutz im Sinne von Inglehart. Die drei Einstellungsfragen dazu lassen sich zwar miteinander gruppieren. Die so gebildete Skala ist jedoch von der Qualität her schlechter als die erste, aber immer noch akzeptabel.

Tabelle 4: Technische Werte betreffend Homogenität (H), Monotonizität (crit) und Reliabilität (LCRC)

Werte-Achsen	H	LCRC (crit)
'Ökonomische Grundhaltungen' (x-Achse)	0.66	0.79
Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Achse	0.70	(0)
Sind sie für eine Erhöhung oder Verringerung der Sozialausgaben des Kantons?	0.67	(0)
Sind Sie für eine Schweiz mit oder für eine Schweiz ohne Atomenergie?	0.62	(0)
'Postmaterialistische Grundhaltungen' (y-Achse)	0.39	0.59
Was ist Ihnen wichtiger? Der Umweltschutz oder wirtschaftliches Wachstum?	0.41	(29)
Sind Sie für eine Erhöhung oder Verminderung der Steuern auf hohe Einkommen?	0.41	(51)
Sollen Schweizer und Ausländer die gleichen Chancen haben oder Schweizer bevorzugt werden?	0.35	(8)

Für weitere theoretische und methodische Grundlagen³⁶ sowie technische Angaben zum Vorgehen³⁷ verweisen wir der Einfachheit halber und aus Platzgründen auf die angegebene Fachliteratur.

36 Siehe: Germann et al. (2015) Spatial Maps in Voting Advice Applications: The Case for Dynamic Scale Validation, *Acta Politica* 50(2): 214-228. Sowie: Wheatley (2016) Cleavage structures and dimensions of ideology in english politics: Evidence from voting advice application data, *Policy & Internet*, 8(4): 457-477.

37 Bibliothek 'Mokken' zum Testen von Loevinger's Homogenität (H>0.3), Monotonizität (crit<80) und Reliabilität (LCRC≈0.9). Siehe: van der Ark, Andries L. (2016) Perform Mokken Scale Analysis in R, Version 2.8.4, 2016-11-18. (R Version 3.3.2, R Studio Version 99.9.9 für Linux x86_64).